

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT



„Selber machen, nicht Zielgruppe sein.“
Jugendlicher

Bildungsmonitor

Nummer 9
Oktober 2014



Herausgeber

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
Chausseestraße 128/129 • D-10115 Berlin
Tel. 030-288789-538 • Fax 030-288789-55
E-Mail: Kooperationsverbund

Fachlich verantwortliche Organisation: AWO

Autor: Prof. Dr. Gerhard Christe

Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Inhalt

Editorial	4
1. Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring	5
1.1 Integrierte Bildungsberichterstattung (iABE)	5
1.2 OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“	5
1.3 Fünfter Nationaler Bildungsbericht – Bildung in Deutschland 2014	7
1.4 Hochschul-Bildungs-Report 2020	8
1.5 Monitor Jugendarmut in Deutschland 2014	9
1.6 Kinderwertemonitor 2014	9
1.7 Vergleichender Gerechtigkeitsindex für alle 28 EU-Staaten	10
1.8 Bildungsmonitor 2014 der Initiative Soziale Marktwirtschaft	11
2. Neuere bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Bundesländern	12
2.1 Schleswig-Holstein – Wege zur inklusiven Schule	12
2.2 Baden-Württemberg – Keine Werbung für Wehrdienst an Schulen	12
2.3 Mecklenburg-Vorpommern – Neues Landeskonzept zum Übergang Schule-Beruf	13
2.4 Nordrhein-Westfalen – Ausweitung von Produktionsschulen	13
2.5 Initiative von Bundesländern gegen Kooperationsverbot	14
3. Ergebnisse neuerer bildungspolitischer Studien	15
3.1 Bildungs- und Berufsberatung für den Erfolg der Jugendgarantie (<i>ELGPN</i>)	15
3.2 Prognose zum deutschen Berufsbildungssystem bis 2025 (<i>FiBS</i>)	15
3.3 Studie zu den Erträgen von Bildungsinvestitionen (<i>Pfeiffer/Stichnoth</i>)	16
3.4 DGB-Ausbildungsreport 2014 (<i>DGB</i>)	17
3.5 Schwacher Schulabschluss – und dennoch rascher Übergang in Berufsausbildung? (<i>BIBB</i>)	18
3.6 Berufsausbildung junger Menschen mit Behinderungen (<i>Bertelsmann</i>)	19
3.7 Kein Abschluss ohne Anschluss – Endbericht wiss. Begleitung NRW (<i>MAIS</i>)	20
3.8 Befragung zum Thema „Ausbildungsmobilität“ (<i>BIBB</i>)	20
3.9 Was hat die Kompetenzorientierung gebracht? Ein Streitgespräch (<i>Köller/Klein</i>)	21
4. Laufende bildungspolitische Studien	23
4.1 Nationales Bildungspanel (<i>NEPS</i>)	23
4.2 Bildungsorientierungen und -entscheidungen von Jugendlichen im Kontext konkurrierender Bildungsangebote (<i>BIBB</i>)	24
4.3 Studie „Bildung, Milieu und Integration“ (<i>Uni Düsseldorf</i>)	24
4.4 Modellprojekt – Berufsvorbereitungsjahr für Flüchtlinge (<i>Stadt München</i>)	25
5. Neue Programme des Bundes und der Länder	27
5.1 EU-Programm Erasmus+	27
5.2 Eigenständige Jugendpolitik und Allianz für die Jugend	28
5.3 EU-Programm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ (REC)	28
5.4 BA-Initiative „Betriebliche Ausbildung hat Vorfahrt“	29
5.5 EU-Programm „Europatriates“	29
5.6 Bundesprogramm „Demokratie leben“	30
5.7 Bundesprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“	30
5.8 Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“	30

6.	Zahlenspiegel	32
6.1	Frühe Schulabgänger in Deutschland	32
6.2	Schulabgänger ohne Abschluss	32
6.3	Arbeitslosigkeit sinkt trotz steigender Beschäftigung nur wenig	33
6.4	Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit	33
6.5	Bildungsstand der Personen mit Migrationshintergrund steigt	34
6.6	Bildung, Forschung und Entwicklung – Zahlen und Fakten	35
6.7	Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten – Kaum eine Region bietet genügend einfache Jobs	35
7.	Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden	36
7.1	Exklusion ist an der Tagesordnung (<i>GEW</i>)	36
7.2	Jungen Flüchtlingen Bildung und Ausbildung sichern! (<i>Kooperationsverbund</i>)	36
7.3	Kein „Weiter so“ auf dem Ausbildungsmarkt (<i>Kooperationsverbund</i>)	37
7.4	Bund und Länder haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht (<i>GEW</i>)	37
7.5	Investitionsstau in der vermeintlichen Bildungsrepublik (<i>DGB</i>)	38
7.6	Ausweitung der Assistierten Ausbildung (<i>Kooperationsverbund</i>)	38
7.7	Das Kooperationsverbot sollte vollständig fallen (<i>Stiftungen</i>)	38
7.8	Beim Kooperationsverbot weiter Druck machen (<i>GEW</i>)	39
7.9	Stellungnahme der AGJ zu Jugendberufsagenturen (<i>AGJ</i>)	40
7.10	Eckpunktepapier zu Jugendberufsagenturen (<i>Kooperationsverbund</i>)	40
8.	Besondere Literaturempfehlungen	41
8.1	Literaturdatenbank des IAB	41
8.2	Dokumentation der Fachtagung Jugendberufsagenturen (<i>Der Paritätische</i>)	41
8.3	Schulabsentismus (<i>Ricking</i>)	41
8.4	Inklusive Jugendberufshilfe (<i>DRK</i>)	42
8.5	Kompetenzmanagement in der Arbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund (<i>AWO, Kooperationsverbund</i>)	42
8.6	Analphabetismus und Alphabetisierung in der Arbeitswelt (<i>Heisler/Mannhaupt</i>)	43
8.7	Aktuelle und künftige Herausforderungen in der Jugendberufshilfe (<i>Christe</i>)	43

Editorial

Bildung ist für Kinder und Jugendliche im 21. Jahrhundert zu der Schlüsselfrage für ihre Zukunft geworden. Sie ist das „Nadelöhr, das den Weg in eine erfolgreiche Zukunft weist – oder versperrt“ (Thomas Rauschenbach in: Zukunftschance Bildung 2009). Eine solche „Sperrung“ betrifft überproportional junge Menschen in Risikolagen – insbesondere aus armutsgefährdeten Familien. Dies ist keine neue Erkenntnis und leider wird sie auch im aktuellen 5. Nationalen Bildungsbericht (2014) erneut bestätigt.

Mit der vorliegenden neunten Ausgabe des „Bildungsmonitors“ systematisiert der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit aktuelle bildungspolitisch relevante Entwicklungen im Bund und in den Bundesländern, gibt Hinweise auf neue und laufende bildungspolitische Studien und Programme und informiert über aktuelle Erkenntnisse und Empfehlungen aus Forschung und bildungspolitisch engagierten Organisationen. Geprägt war die Bildungsberichterstattung u. a. durch die Veröffentlichungen der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ (Kapitel 1.2) und des 5. Nationalen Bildungsberichts mit dem Themenschwerpunkt Bildung von Menschen mit Behinderungen (Kapitel 1.3). Neu ist der EU-Gerechtigkeitsindex, mit dem sich die Entwicklung von Teilhabechancen in Europa analysieren lässt (Kapitel 1.7).

Spannend wird die Umsetzung des großen neuen ESF-Programms „Jugend Stärken im Quartier“ (Kapitel 5.7), mit dem die Bundesregierung zielgerichtet und gebündelt in problematischen Regionen Maßnahmen initiieren will, die – in kommunaler Verantwortung koordiniert und umgesetzt – junge Menschen passgenau und bedarfsgerecht in Ausbildung und Arbeit begleiten sollen.

Diese und weitere Informationen geben der interessierten Leserin und dem interessierten Leser Hinweise, Anregungen, Einblicke für das eigene berufliche Denken und Handeln und liefern hierfür wichtige Rahmendaten und Entwicklungslinien.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Beneke

Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit

(1)**Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring****1.1 Integrierte Bildungsberichterstattung (iABE)**

Die Integrierte Ausbildungsberichterstattung stellt auf ihrer Homepage differenzierte und übersichtlich aufbereitete Daten für das Ausbildungsgeschehen nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch auf der Ebene der einzelnen Bundesländer zur Verfügung. Außerdem werden hier nicht nur die aktuellen Bildungsberichte der einzelnen Bundesländer, sondern auch die Bildungsberichte der Schweiz, von Österreich und der OECD zugänglich gemacht.

Die einzelnen Bildungsberichte können heruntergeladen werden unter:
<http://indikatorik.bibb.de/de/65191.htm>

1.2 OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“

OECD: Bildung auf einen Blick 2014. 9/2014 - 728 Seiten.

Die jährlich publizierte Studie der OECD „Bildung auf einen Blick“ ist im September 2014 mit ihrer aktuellen Fassung erschienen. Diese gibt einen Überblick über die Bildungssysteme in den 34 Ländern der OECD und einer Reihe von Partnerländern. Mehr als 150 Indikatoren ermöglichen direkte Vergleiche zwischen unterschiedlichen Bildungssystemen, Bildungsniveaus und Bedingungen für Bildung. Die Indikatoren erfassen die Beteiligung am Bildungswesen, die Finanzierung von Bildung, außerdem geben sie Hinweise dazu, wie Bildungssysteme operieren und welche Ergebnisse sie erzielen. Zum ersten Mal enthält die Studie dieses Jahr auch Informationen zu privaten Bildungseinrichtungen, den Voraussetzungen für den Lehrberuf sowie für die berufliche Fortbildung von Lehrern.

Die OECD-Studie zeigt, dass sich die Ausweitung des Bildungszugangs fortsetzt und der Anteil der Erwachsenen mit hoher Lesekompetenz weiter zunimmt, die sozioökonomische Kluft aber größer wird, weil sich der Einfluss von Bildung und Kompetenzen auf die Lebensperspektiven der Einzelnen erheblich erhöht hat. Ein hoher Bildungsabschluss und ein hohes Kompetenzniveau werden auf dem Arbeitsmarkt belohnt.

In den meisten Ländern ist die absolute Bildungsmobilität nach oben hin stärker ausgeprägt als nach unten. Ausnahmen bilden lediglich Estland, Deutschland, Norwegen und Schweden. Der Ausbau des Bildungswesens war in Frankreich, Irland, Italien, Korea, Spanien und der Russischen Föderation besonders ausgeprägt; hier beträgt der Unterschied zwischen der Aufwärts- und der Abwärtsmobilität mindestens 30 Prozentpunkte.

Die wichtigsten Ergebnisse für Deutschland

In Deutschland erwerben so viele junge Leute wie noch nie einen tertiären Abschluss, etwa an einer Hoch-, einer Fachschule oder als Meister. Gleichzeitig wächst der Anteil an Hochgebildeten OECD-weit in kaum einem anderen Land so langsam wie hier. Danach verfügen in Deutschland 28% der 25- bis 64-Jährigen über einen Tertiärabschluss, im Durchschnitt der OECD sind es 33%.

Unterschiede zwischen den Generationen

Schaut man auf den Unterschied zwischen den Generationen, fällt auf, dass in fast allen betrachteten Ländern die 25- bis 34-Jährigen einen weit höheren Anteil an formal hochgebildeten Menschen haben als die 55- bis 64-Jährigen. Im OECD-Schnitt liegen zwischen Jüngeren und Älteren 15 Prozentpunkte. Deutschland ist neben Israel und den Vereinigten Staaten eines von nur drei Ländern, bei denen im Laufe einer Generation kein wesentlicher Zuwachs zu erkennen ist.

Soziale Kluft zwischen gut und weniger gut Ausgebildeten

Die soziale Kluft zwischen gut und weniger gut ausgebildeten Menschen hat sich in den vergangenen Jahren erheblich vertieft: So ist die Arbeitslosigkeit im OECD-Raum seit der Jahrtausendwende bei Geringqualifizierten mit einer Ausbildung unterhalb des Sekundarbereichs II (weder Abitur noch Berufsausbildung) bedeutend stärker gewachsen als bei Mittel- oder Hochqualifizierten. In Deutschland gingen die Erwerbslosenquoten im glei-

chen Zeitraum zwar für alle Bildungsstufen zurück, mit 12,8% sind aber noch immer weit mehr Menschen mit geringer Ausbildung ohne Job als in höheren Bildungsstufen (Sek. II 5,3%; Tertiär 2,4%).

Bildung und Einkommen

Mindestens ebenso stark ins Gewicht fällt der Unterschied zwischen den Einkommen der verschiedenen Bildungsstufen. Im OECD-Durchschnitt hat sich der Einkommensvorteil, den tertiär gebildete Berufstätige gegenüber Menschen ohne entsprechenden Abschluss haben, von 51% im Jahr 2000 auf 59% erhöht. In Deutschland ist die Lücke noch ausgeprägter: 2012 verdienten Hochqualifizierte 74% mehr als Erwerbstätige, die nach der Realschule oder dem Gymnasium weder zur Uni noch zur Fach(hoch)schule oder in einen Meisterkurs gegangen waren. Im Jahr 2000 hatte dieser Vorsprung nur bei 45% gelegen.

Brisant ist die Einkommensentwicklung vor allem in der unteren Hälfte des Lohnspektrums. Setzt man das durchschnittliche Einkommen von 25- bis 64-Jährigen mit Abitur oder Berufsschulabschluss (Sekundarbereich II) auf einem Index gleich 100, so lag das Einkommen von Erwachsenen ohne einen solchen Abschluss im Jahr 2000 im OECD-Durchschnitt bei 80 und ging bis 2012 auf 76 zurück. In Deutschland verringerte sich der Abstand zwischen Einkommen der mittleren und der untersten Bildungsstufe im gleichen Zeitraum zwar etwas, allerdings eher, weil sich die Lage der mittelgut Qualifizierten und Verdienenden jener mit niedrigem Verdienst und niedriger Qualifikation annäherte. Der Bericht sieht hier die Gefahr einer „Aushöhlung der Mitte“.

Bildungsmobilität

„Deutschland erzielt bei vielen Indikatoren des diesjährigen Bildungsberichts gute Ergebnisse. Bei genauerem Studium der Daten stellt sich allerdings heraus, dass die schönen Durchschnittswerte nur die halbe Wahrheit erzählen“, so Heino von Meyer, Leiter des OECD Berlin Centres. „Gerade für Schüler aus sozial schwachen Familien bleibt das Versprechen ‚Aufstieg durch Bildung‘ häufig in weiter Ferne.“

Insgesamt ist die Bildungsmobilität in Deutschland so gering wie in kaum einem anderen OECD-Land: 58% aller Erwachsenen zwischen 25 und 64 Jahren haben den gleichen formalen Bildungsstand wie ihre Eltern, 24% sind besser ausgebildet und 18% bleiben hinter den Qualifikationen ihrer Eltern zurück. Unter den jungen Erwachsenen bis 34 Jahre ist der Trend jedoch umgekehrt: Hier sind nur 19% höher gebildet als ihre Eltern, 24% haben einen niedrigeren Abschluss.

Bildung und soziale Herkunft

Noch immer hängt die Wahrscheinlichkeit einer hohen Qualifikation stark vom familiären Hintergrund ab. Im OECD-Durchschnitt haben in der Altersgruppe 35 bis 44 zwei Drittel der Erwachsenen mit hochgebildeten Eltern auch einen Tertiärabschluss, aber nur ein Viertel derer, bei denen die Eltern niedrig (unterhalb Sekundarstufe II) gebildet waren. An dieser Verteilung ändert sich auch in der jüngeren Altersgruppe zwischen 25 und 34 kaum etwas. In Deutschland gehen Kinder von hochqualifizierten Eltern mit einer mehr als doppelt so großen Wahrscheinlichkeit an die Uni, Fachhochschule oder in Meisterklassen wie Kinder von Mittel- und Niedriggebildeten.

Der Bericht zeigt auch, dass Länder, in denen die Kompetenzen zwischen den Menschen gleichmäßig verteilt sind, wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile haben. In ihnen ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf höher und die Einkommensungleichheit niedriger als in Ländern, deren Bevölkerung im Mittel zwar ähnlich qualifiziert ist, in denen die Kompetenzen aber ungleicher verteilt sind. In Deutschland hat der Bildungsaufschwung bisher nur bedingt zu einer besseren sozialen und ökonomischen Teilhabe bildungsferner Schichten beigetragen. Gerade der internationale Vergleich macht klar, dass es anderen Ländern besser gelingt, das Bildungsniveau ihrer Bevölkerung über alle Gruppen hinweg zu heben.

Der gesamte Bericht sowie die Zusammenfassung und einzelne Teile können heruntergeladen werden unter:

<http://www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm>

➤ Siehe dazu auch die Stellungnahmen von GEW und DGB (Kap. 7.4 u. 7.5)

1.3 Fünfter Nationaler Bildungsbericht - Bildung in Deutschland 2014

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorenge-
stützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. W. Bertelsmann
Verlag, Bielefeld 2014, 356 Seiten

Auch der im Juni 2014 erschienene Fünfte Nationale Bildungsbericht der Autorengruppe
Bildungsberichterstattung mit dem Titel „Bildung in Deutschland 2014“ nimmt wieder
eine umfassende empirische Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens als Gan-
zem vor. Sie reicht von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung bis zu den
verschiedenen Formen der Weiterbildung im Erwachsenenalter und schließt auch jene
Bildungsprozesse ein, die sich mit non-formaler Bildung und informellem Lernen be-
schreiben lassen.

Schwerpunkt Inklusion. Schwerpunkt des Fünften Nationalen Bildungsberichts ist die
Analyse der Bildungschancen von Menschen mit Behinderungen. Der Bericht zeigt, dass
sich viele Bildungseinrichtungen zwar noch im Übergang befinden, sich jedoch zuneh-
mend der Aufgabe stellen, institutionelle Rahmenbedingungen für inklusives Lernen zu
schaffen. Allerdings macht der Bericht dabei große Unterschiede deutlich: Die Bedingun-
gen für inklusives Lernen verschlechtern sich von der Grundschule bis zur Sekundarstufe
II. Je älter die behinderten Kinder und Jugendlichen sind, desto schlechter stehen ihre
Chancen, gemeinsam mit Gleichaltrigen ohne Behinderungen an Bildung teilzunehmen.

Auch in der Aus- und Weiterbildung ist das Spektrum inklusiver Angebote unterschiedlich
ausgebaut und orientiert. Der Autorengruppe zufolge liegt der Schlüssel für eine erfolg-
reiche Inklusionsarbeit in der Qualifikation des Bildungspersonals. Hierfür brauche es eine
gemeinsame und systematische Grundlage, denn punktuelle Fortbildungsinitiativen zu
einzelnen Aspekten der Inklusion könnten sogar kontraproduktiv wirken.

Der Bericht verdeutlicht, dass es die Diagnose ist, die im Regelfall über den Zugang zu
einer Bildungseinrichtung entscheidet. Ein wesentliches Problem dabei ist die mangelnde
Vergleichbarkeit der Diagnoseergebnisse, für die es innerhalb von Ländern sowie über
Ländergrenzen und Bildungsbereiche hinweg kaum einheitliche Standards gibt. So erge-
ben sich für Menschen mit ähnlichen Behinderungen unterschiedliche Bildungsperspekti-
ven, wodurch wiederum Benachteiligungen entstehen, die sich nur schwer abbauen las-
sen. Außerdem ist die professionelle und einheitliche Diagnostik besonders wichtig, weil
Planung und Umsetzung gezielter Fördermaßnahmen von der Art der Behinderung ab-
hängen.

Weiterhin Ungleichheit bei Bildungsbeteiligung. Wie der aktuelle Bildungsbericht
außerdem zeigt, gibt es trotz leichter Verbesserungen weiterhin eine starke soziale Un-
gleichheit bei der Bildungsbeteiligung: Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern und Kin-
der ohne Migrationshintergrund machen vor der Einschulung nicht nur vielfältigere und
frühere Erfahrungen nicht-elterlicher Betreuung in Spielgruppen, Kindertagespflege oder
Kindertageseinrichtungen, sondern werden auch in der Familie stärker gefördert. Schüle-
rinnen und Schüler mit einem niedrigen soziökonomischen Status besuchen weiterhin
erheblich seltener das Gymnasium als diejenigen mit hohem soziökonomischen Status.
Nach dem Ende des Sekundarbereichs I werden die Disparitäten zwar geringer, wenn
Schülerinnen und Schüler mit einem niedrigen soziökonomischen Status Chancen zum
Erlangen der Hochschulreife wahrnehmen, doch beim Übergang in die Hochschule verrin-
gern sich die in der Vergangenheit zu beobachtenden sozialen Unterschiede nicht.

Entgegen dem in der Öffentlichkeit verbreiteten Eindruck, die Probleme am Übergang
Schule-Beruf hätten sich inzwischen in Luft aufgelöst, zeigt der Bildungsbericht, dass der
Ausbildungsmarkt – trotz Nachfragerückgang – weiter angespannt ist und das Ausbil-
dungsangebot im Jahr 2013 gegenüber 2011 und 2012 sogar zurückgegangen ist. Bei der
Mehrheit der Berufe gibt es weiterhin deutliche Angebotslücken.

Weiterhin prekäre Ausbildungsperspektiven. Für bildungsbenachteiligte Jugendliche
bleiben die Ausbildungsperspektiven deshalb weiterhin prekär. Auch 2013 mündeten
noch über eine viertel Million ausbildungsinteressierter Jugendlicher in das Übergangssys-
tem ein. Nach wie vor sind dies vor allem Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss
in den westdeutschen Flächenländern sowie ausländische Jugendliche. Auch bei der Wei-
terbildungsteilnahme hat die Erhöhung der Gesamtquote nicht dazu geführt, dass die
Abstände zwischen den sozialen Gruppen sich nachhaltig verringert haben. Für Personen
mit Migrationshintergrund hat sich der Abstand sogar vergrößert.

Gleich häufiger Zugang zum dualen System und zum Studium. Besonders hervorzuheben ist ein weiterer Befund: Erstmals verzeichnen die duale Ausbildung und der Hochschulbereich eine gleich große Zahl an Anfängerinnen und Anfängern. Während die Zahl der Neuzugänge zur dualen Berufsausbildung seit längerem rückläufig ist, nehmen die Studienanfängerzahlen kontinuierlich zu. 2011 haben sich die Anfängerzahlen in diesen beiden großen Berufsbildungsbereichen mit jeweils ca. 500.000 erstmalig in der Bildungsgeschichte Deutschlands angeglichen. Nunmehr gibt es sogar eine leicht höhere Zahl bei den Studienanfängerinnen und -anfängern.

Übergang weiterhin aktuelles Handlungsfeld. Dem Bildungsbericht zufolge ist die Organisation des Übergangs von den allgemein bildenden Schulen in die Berufsausbildung nach wie vor ein aktuelles Handlungsfeld. Angesichts der Tatsache, dass trotz demografisch bedingter Rückläufigkeit der Ausbildungsnachfrage und einer relativen Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt immer noch über eine viertel Million Jugendliche nach dem Schulabschluss zunächst in eine der vielen Maßnahmen des Übergangssystems einmündet, gilt es, verstärkt die Frage nach der inhaltlichen Systematisierung und zugleich der politischen Koordinierung des Übergangssystems zu stellen. Es stellt sich, so der Bildungsbericht, die Frage nach der Verbindlichmachung von institutionenübergreifenden Gestaltungskonzepten, in die neben den unterschiedlichen Bildungsinstitutionen (allgemein bildende und berufliche Schulen) auch Institutionen des Sozialsystems (Jugendhilfe) und des Arbeitsmarktes (Betriebe, Arbeitsverwaltung) mit ihren je eigenen Leitbildern aktiv mitgestaltend eingebunden sind.

Der gesamte Bericht kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.bildungsbericht.de/index.html?seite=11123>

➤ Siehe dazu auch die Stellungnahme der GEW (Kap. 7.1)

1.4 Hochschul-Bildungs-Report 2020

Der seit 2013 jährlich erscheinende Hochschul-Bildungs-Report formuliert messbare Ziele für das Jahr 2020 und gibt Empfehlungen, wie diese Ziele zu erreichen sind. Mit dem Report möchten die Initiatoren – Stifterverband und McKinsey – der Debatte um die Zukunft der Hochschulbildung mehr analytische Substanz geben. Dazu werden der Status quo des Hochschulsystems anhand von 70 Indikatoren analysiert und Veränderungen und Trends aufgezeigt.

Der Report analysiert die Fortschritte an deutschen Hochschulen in sechs Handlungsfeldern: Neben Lehrer-Bildung zählen dazu Internationalität der Bildung, Chancengerechtigkeit für Studierende, beruflich-akademische Bildung sowie berufliche Weiterbildung und MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Das Fazit über alle Handlungsfelder hinweg lautet: Die Hochschulbildung in Deutschland macht Fortschritte, ist aber immer noch weit von den Zielen entfernt, die sie erreichen sollte.

Schlechte Noten erhält die Hochschulbildung in Deutschland bei Themen wie Ausbildung von Lehrern, Chancengerechtigkeit oder Internationalisierung. Hier sind deutsche Hochschulen noch weit von den Zielen entfernt, die sie nach Ansicht von Bildungsexperten erreichen sollten.

Den Hochschul-Bildungs-Report und das gesamte ihm zu Grunde liegende Datenmaterial mit allen verwendeten Indikatoren kann heruntergeladen werden unter:

www.hochschulbildungsreport2020.de

Weitere Informationen auch unter:

www.stifterverband.info/bildungsinitiative/hochschul-bildungs-report/index.html

Quelle:

<http://bildungsklick.de/pm/91575/hochschul-bildungs-report-schlechte-noten-fuer-deutsche-lehrer-bildung/>

1.5 Monitor Jugendarmut in Deutschland 2014

Bereits zum dritten Mal hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) nach 2010 und 2012 im Juni 2014 ihren „Monitor Jugendarmut“ veröffentlicht, der die Situation junger Menschen in den Mittelpunkt stellt. Ohne Schulabschluss keine Ausbildung, ohne Ausbildung keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Auf diese Kurzformel kann man eines der zentralen Ergebnisse des Monitors Jugendarmut bringen. Trotz des demografischen Wandels hat die Armutsgefährdung weiter zugenommen. Von Jugendarmut bedroht sind vor allem Jugendliche mit niedrigem Schulabschluss und ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Ein besonders hohes Armutsrisiko tragen Jugendliche, deren Eltern arm sind, die einen Migrationshintergrund haben oder behindert sind.

Zur Bekämpfung der Jugendarmut ist aus Sicht der BAG KJS das Engagement aller Bürger und gesellschaftlich relevanten Gruppen nötig. Als konkrete Maßnahmen fordert die Bundesarbeitsgemeinschaft das Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen, die flächendeckende Einführung der Assistierten Ausbildung sowie die Aufhebung der verschärften Sanktionen im SGB II.

Weitere Informationen unter:

www.jugendarmut.info

Der Monitor kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendarmut.info/media/raw/BAGKJS_Monitor_Jugendarmut_2014_Monitor.pdf

➤ Siehe dazu auch die Studie „Die Rolle der Bildungs- und Berufsberatung für den Erfolg der Jugendgarantie“, Kap. 3.1

1.6 Kinderwertemonitor 2014

Der GEOLINO-UNICEF-Kinderwertemonitor 2014 wurde von Deutschlands größter Kinderzeitschrift und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität Berlin erstellt; gefördert wurde er vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie der Robert Bosch Stiftung.

In einer repräsentativen Befragung wurden Ende 2013 und Anfang 2014 insgesamt 1.012 sechs- bis 14-jährige Kinder zu Hause befragt und parallel dazu die Meinung der mit ihnen zusammenlebenden Mütter und zum ersten Mal auch die der Väter per Fragebogen erhoben. Wie bei den Kinderwertemonitoren in 2006, 2008 und 2010 wurden Kinder unter anderem nach ihren Werten und Ängsten gefragt. Neu hinzugekommen sind in diesem Jahr die Fragen nach der Zufriedenheit mit der Schule.

Die wichtigsten Ergebnisse: Familie und Freundschaft sind für die deutschen Kinder das Wichtigste im Leben – weit wichtiger als Geld und Besitz. 74% der Mädchen und Jungen im Alter von sechs bis 14 Jahren finden Familie und 73% finden Freundschaft „total wichtig“. Auch Vertrauen und Zuverlässigkeit, Geborgenheit und Ehrlichkeit stehen bei den Kindern hoch im Kurs. Werte wie Bildung, gute Manieren und Toleranz gewinnen bei den sechs- bis 14-Jährigen an Bedeutung. Ebenfalls zugenommen haben aus der Sicht der Kinder die Bedeutung von Umweltschutz, Mut und die Fähigkeit, sich anderen gegenüber durchzusetzen.

Geld und Besitz hingegen spielen bei den Wertorientierungen eine geringe Rolle (21%). Rund jedes dritte Kind würde sich für andere Menschen engagieren, denen es nicht so gut geht – ein Wert, der in den vergangenen Jahren kontinuierlich leicht gestiegen ist.

Die Schule nimmt im Leben der Kinder einen zentralen Stellenwert ein. Dort verbringen sie einen großen Teil des Tages. Trotz der Anforderungen durch Lehrplan und Erwartungen sind Kinder und Eltern gleichermaßen zufrieden mit dem Schulleben. 87% der Kinder haben geantwortet, dass es ihnen in der Schule „sehr gut“ oder „einigermaßen gut“ gefällt. Auch 80% der Mütter und 83% der Väter sind mit dem Schulleben ihres Kindes „sehr zufrieden“ oder „meistens zufrieden“. Weniger als ein Viertel der Mädchen und Jungen (23%) fühlt sich durch das, was sie in der Schule leisten müssen, belastet. Im internationalen Vergleich steht Deutschland damit vergleichsweise gut da.

Schlechtere Noten geben die Kinder ihren Lehrern allerdings in Sachen Meinungsäußerung: 58% der Kinder finden es total wichtig, sagen zu dürfen, was man denkt. Aber nur 20% der Kinder fühlen sich von ihren Lehrern ermutigt, ihre Meinung zu sagen.

Die ausführlichen Ergebnisse des Kindermonitors können heruntergeladen werden unter:
<http://www.unicef.de/blob/56990/a121cfd7c7acbd2f4b97cbcdf0cc716/geolino-unicef-kinderwertemonitor-2014-data.pdf>

Quelle:

<http://www.unicef.de/presse/2014/kinder-legen-wert-auf-werte/56986>

1.7 Vergleichender Gerechtigkeitsindex für alle 28 EU-Staaten

Mit dem neuen EU-Gerechtigkeitsindex untersucht die Bertelsmann Stiftung anhand von 35 Kriterien sechs verschiedene Dimensionen sozialer Gerechtigkeit: Armut, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Generationengerechtigkeit sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt und Nicht-Diskriminierung. Die Stiftung wird zukünftig jährlich die Entwicklung der Teilhabechancen in den 28 EU-Staaten analysieren. Der Gerechtigkeitsindex wird demnächst zudem durch das EU-Reformbarometer ergänzt, das die konkreten Reformbemühungen der Mitgliedstaaten in den einzelnen Teilbereichen sozialer Gerechtigkeit abbilden wird. Der „Gerechtigkeitsindex“ und das „EU-Reformbarometer“ bilden gemeinsam den „Social Inclusion Monitor Europe“ (SIM).

Die wichtigsten Ergebnisse des neuen Gerechtigkeitsindex sind:

Nord-Süd-Gefälle. Trotz leichter Fortschritte bei der wirtschaftlichen Stabilisierung in Europa hat das Niveau an sozialer Gerechtigkeit in den letzten Jahren in den meisten EU-Staaten abgenommen. Dabei hat sich die soziale Schieflage zwischen den wohlhabenden Staaten Nordeuropas und zahlreichen süd- und südosteuropäischen Ländern im Zuge der Krise deutlich verschärft. Während in Schweden, Finnland, Dänemark und den Niederlanden nach wie vor ein hohes Maß an sozialer Teilhabe verwirklicht ist, hat die soziale Ungerechtigkeit in Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien oder Ungarn zugenommen. Vor allem in den Krisenstaaten der EU ist es nicht gelungen, die teils massiven Einschnitte sozial gerecht aufzuteilen.

Ungleichgewicht zwischen den Generationen. Als besonders kritisch sieht die Analyse neben dem Nord-Süd-Gefälle ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen den Generationen. Danach sind jüngere Menschen tendenziell stärker von sozialer Ungerechtigkeit betroffen als ältere. 28% der Kinder und Jugendlichen sind EU-weit inzwischen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, deutlich mehr als noch 2009 (26,1%). Im Gegensatz dazu ist die Altersarmut in manchen Ländern zurückgegangen.

Soziale Gerechtigkeit. Im Vergleich dazu hat es Deutschland hingegen geschafft, was kaum einem anderen EU-Staat während der Krise seit 2008 gelungen ist: Die soziale Gerechtigkeit ist gestiegen. Der leichte Aufwärtstrend geht insbesondere auf die robuste Entwicklung am Arbeitsmarkt zurück, drückt sich aber auch in anderen Bereichen wie Bildung, Integration oder Gesundheit aus. Trotz der zu beobachtenden Verbesserung und einem siebten Gesamtplatz unter allen 28 EU-Staaten erreicht die größte Volkswirtschaft Europas allerdings in vielen wichtigen Bereichen nur eine Platzierung im Mittelfeld.

Arbeitsmarkt. Die Langzeitarbeitslosigkeit konnte in den vergangenen Jahren reduziert werden. Deutschland hat zudem mit 7,9% EU-weit die geringste Jugendarbeitslosigkeit, und auch die Erwerbsintegration älterer Arbeitnehmer ist in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen.

Bildungsbereich. Hier zeigen sich ebenfalls leichte Verbesserungen: So ist die Quote frühzeitiger Schulabgänger seit 2007 von 12,5% auf 9,9% gesunken. Beim europäischen Vergleich zur Bildungsgerechtigkeit kommt Deutschland aber dennoch nicht über einen 14. Rang hinaus. Der Zusammenhang zwischen sozialem Hintergrund und Bildungserfolg sei noch immer viel zu groß. Diese Chancenungleichheiten gelte es abzubauen, zum Beispiel durch weitere Investitionen in qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung.

Gesundheit. Hier nimmt Deutschland zwar durch die hohe Qualität der medizinischen Versorgung Rang 10 ein, dennoch ist die Anzahl der hierzulande zu erwartenden „gesunden Lebensjahre“ im EU-Vergleich unterdurchschnittlich (Rang 23).

Einkommen. Das Auseinanderdriften der Einkommen ist in den vergangenen Jahren wieder etwas zurückgegangen. Allerdings liegt Deutschland hier weiterhin nur auf Rang 13.

Fazit

Trotz der relativen Verbesserungen in einigen Teilbereichen sieht die Studie für Deutschland noch erhebliches Verbesserungspotential. Deutschland müsse in Zukunft größere Anstrengungen unternehmen, um seine wirtschaftliche Stärke in mehr soziale Gerechtigkeit zu übersetzen. Die Verfestigung eines zweigeteilten Arbeitsmarktes sei kritisch. Deutschland sollte insbesondere die Übergänge von atypischer Beschäftigung zu Normalarbeitsverhältnissen erleichtern. Die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns sei dabei ein erster korrekativer Schritt.

Eine grundlegende Erkenntnis der Vergleichsstudie für alle EU-Staaten ist, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zwar eine wichtige Voraussetzung, aber auch kein automatischer Garant für soziale Gerechtigkeit sei. Das Thema soziale Gerechtigkeit sollte daher künftig deutlich stärker ins Zentrum der europäischen Politik rücken. Die EU dürfe nicht nur als Hüter wirtschaftlicher Stabilität wahrgenommen werden. Sie sollte künftig eine integrierte Strategie entwickeln, die neben der bisherigen Wachstumsperspektive auch erstmals eine konsistente und vollständige Politik zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit umfasst. Investitionen in die Teilhabechancen seien nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit sinnvoll, sondern auch für das Innovationspotential eines Landes unerlässlich.

Weitere Informationen unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-311009AF-708D3C7D/bst/hs.xsl/nachrichten_122135.htm

1.8 Bildungsmonitor 2014 der Initiative Soziale Marktwirtschaft

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Seit elf Jahren veröffentlicht sie jährlich einen Bildungsmonitor, den das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) erstellt. Anhand von 12 Handlungsfeldern und 93 Indikatoren (z.B. Infrastruktur, Verfügbarkeit von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten, Betreuungsrelationen an Schulen, Schulabbrecherquoten, Abbrecherquoten von Ausländern und Anteil der Schüler, die von Bildungsarmut betroffen sind etc.) wird untersucht, inwieweit die einzelnen Bundesländer Bildungsarmut reduzieren, zur Fachkräftesicherung beitragen und Wachstumskräfte stärken.

Der Bildungsmonitor 2014 kommt zu dem Ergebnis, dass es in der deutschen Bildungslandschaft verschiedene Leuchttürme gibt. *Sachsen* weist eine exzellente Förderinfrastruktur auf, überzeugt durch eine hohe Schulqualität und vermeidet sehr erfolgreich die Entstehung von Bildungsarmut. *Thüringen* gibt Bildung bei den Ausgaben eine hohe Priorität und überzeugt durch gute Betreuungsrelationen. *Bayern* verwendet die Mittel sehr effizient und hat ein leistungsstarkes System der beruflichen Bildung. *Rheinland-Pfalz* liegt bei der Integration vorn, *Bremen* im Bereich Hochschule/MINT, *Berlin* bei der Forschung, *Hamburg* bei der Internationalisierung und *Schleswig-Holstein* beim effizienten Umgang mit Zeit im Bildungssystem. Auch die anderen Bundesländer erzielen in einigen Handlungsfeldern vorbildliche Ergebnisse: *Baden-Württemberg* erreicht zweite Plätze bei Internationalisierung, Zeiteffizienz und berufliche Bildung, *Hessen* einen zweiten Platz bei der Inputeffizienz, *Sachsen-Anhalt* bei den Betreuungsbedingungen, das *Saarland* bei der Integration. *NRW* und *Niedersachsen* schaffen die Plätze drei und vier bei der Zeiteffizienz, *Mecklenburg-Vorpommern* jeweils vierte Plätze bei Integration und beruflicher Bildung. *Brandenburgs* Förderinfrastruktur liegt im Bundesvergleich auf dem fünften Platz.

Alle Ergebnisse des Bildungsmonitors 2014 einschließlich zahlreicher Grafiken finden sich unter: www.insm-bildungsmonitor.de

(2)**Neuere bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Bundesländern****2.1 Schleswig-Holstein – Wege zur inklusiven Schule**

Das Land Schleswig-Holstein will in den nächsten zehn Jahren signifikante Verbesserungen bei der Qualität von Inklusion erreichen. Dazu hat die ehemalige Bildungsministerin Wende Ende August 2014 ein Inklusionskonzept vorgestellt, das zehn Punkte enthält:

1. Schulen werden durch eine zusätzliche schulische Assistenz gestärkt
2. Der Einsatz der Sonderpädagogen wird verlässlicher gestaltet
3. Die Lehrkräfteausbildung wird verbessert
4. Die Lehrkräfte-Fortbildung wird im Aufgabenbereich Inklusion gestärkt
5. Die Schulsozialarbeit wird langfristig durch das Land abgesichert
6. Förderzentren bleiben erhalten
7. In jedem Kreis/jeder kreisfreien Stadt Zentren für inklusive Bildung (ZiB) einrichten
8. Der Übergang Schule-Beruf wird verstärkt inklusiv ausgerichtet
9. Mehr Stellen für den Schulpsychologischen Dienst
10. Entwicklung einer sonderpädagogischen Grundversorgung

Was sich hinter den einzelnen Punkten verbirgt, kann in der Landtags-Drucksache 18/2065 vom 26.08.2014 nachgelesen werden.

Landtags-Drucksache kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2065.pdf>

Die interessante Landtagsdiskussion zu dem Inklusionskonzept kann nachgelesen werden im Plenarprotokoll der 67. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 10. September 2014, S. 5482ff.

Das Protokoll kann heruntergeladen werden unter:

http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/infothek/wahl18/plenum/plenprot/2014/18-067_09-14.pdf

2.2 Baden-Württemberg – Keine Werbung für Wehrdienst an Schulen

Das Kultusministerium und das Landeskommando Baden-Württemberg der Bundeswehr haben im August 2014 eine neue Vereinbarung zur Zusammenarbeit beider Institutionen unterzeichnet, welche die von der Vorgängerregierung 2009 geschlossene Kooperationsvereinbarung ersetzt.

In der neuen Vereinbarung wird nun stärker herausgestellt, dass die sicherheitspolitische Bildung in den Schulen unter Beteiligung der Jugendoffiziere der Bundeswehr ausgewogen angelegt sein muss und dass die Jugendoffiziere im Unterricht nicht für Tätigkeiten in der Bundeswehr werben dürfen. Zudem wird neu festgelegt, dass die Teilnahme angehender Lehrerinnen und Lehrer an Seminaren der Bundeswehr freiwillig ist. Die neue Vereinbarung verstärkt auch den Hinweis auf die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses (siehe unten) als anerkannter Grundlage für die politische Bildungsarbeit. „Damit haben wir einvernehmlich mit der Bundeswehr kritische Punkte geregelt, damit die Ausgewogenheit bei der Vermittlung der sicherheits- und friedenspolitischen Bildung in den Schulen besser gewährleistet ist“, so Kultusminister Stoch. Die neue Vereinbarung werde einerseits der verfassungsmäßigen Stellung der Bundeswehr gerecht, andererseits sei die Kritik berücksichtigt, die es an der bisherigen Kooperation gegeben hat.

Stoch möchte darüber hinaus die in der Landesverfassung verankerte Friedensbildung in Schulen künftig weiter stärken. Dazu befindet sich das Kultusministerium derzeit im Austausch mit Verbänden, Organisationen und Institutionen aus diesem Bereich. Geplant ist eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung, um sicherzustellen, dass

sich Schülerinnen und Schüler ein umfassendes Bild von sicherheits- und friedenspolitischen Fragen machen können.

Der Beutelsbacher Konsens

Zu den Grundsätzen des 1976 auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung in Beutelsbach gefassten Konsenses zählt etwa das Überwältigungsverbot, wonach es nicht erlaubt ist, „den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.“ Zudem muss, „was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, [...] auch im Unterricht kontrovers erscheinen“ (Kontroversitätsgebot).

Zum Beutelsbacher Konsens siehe:

www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens

Quelle: Bildungsklick vom 15.08.2014

2.3 Mecklenburg-Vorpommern – Neues Landeskonzept zum Übergang Schule-Beruf

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat im Mai 2014 ein Konzept zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf verabschiedet, wonach jeder Schulabgänger beim Verlassen der Schule ein Angebot für eine Ausbildung oder ein Studium bekommen soll. Junge Menschen, die Gefahr laufen, die Schule oder die Ausbildung nicht erfolgreich zu beenden, sollen frühzeitig mit Blick auf ihre individuellen geschlechterspezifischen Bedürfnisse unterstützt werden. Unterstützt werden sollen auch die ehemaligen Teilnehmenden von Übergangsmaßnahmen und ihre ausbildenden Betriebe. Auch diese sollen bei Bedarf geeignete Hilfestellung erhalten, damit Jugendliche ihre Ausbildung erfolgreich abschließen können.

Das Landeskonzept versteht sich als Ausdruck des politischen Willens der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns und der Partner im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit zur verbesserten Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf und als Beitrag zur Verbesserung der Qualität und zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des dualen Systems. Es soll für alle Akteure am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einen Orientierungsrahmen bieten, in dem es Struktur, Systematik sowie Mindeststandards festlegt.

Das Landeskonzept kann heruntergeladen werden unter:

http://news.bagkjs.de/media/raw/Landeskonzept_Uebergang_SchuleBeruf_26_05_2014_2_.pdf

Quelle und Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des Konzepts unter:

http://news.bagkjs.de/uebergang_schule_beruf_landeskonzept_meck_pomm

2.4 Nordrhein-Westfalen – Ausweitung von Produktionsschulen

Nach der modellhaften Erprobung in zunächst acht Arbeitsmarktregionen weitet Nordrhein-Westfalen die Förderung von Produktionsschulen landesweit aus; vorgesehen sind über 90 Standorte. Im Schuljahr 2014/15 werden dafür rund 13,7 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds bereitgestellt.

Gemeinsam mit der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, den nordrhein-westfälischen Jobcentern sowie den Jugendämtern wird *Produktionsschule.NRW* aufgebaut. Nach bislang rund 500 geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmern stehen künftig Mittel für rund 1.900 Jugendliche landesweit bereit. Damit ist NRW nach eigenen Angaben im bundesweiten Vergleich bei der Umsetzung von Produktionsschul-Konzepten führend.

Zur Zielgruppe und zu den Zielen von *Produktionsschule.NRW* heißt es seitens des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS): „Das Förderangebot der *Produktionsschule.NRW* wendet sich an Jugendliche, die eine allgemein bildende Schule ohne ausreichende Betriebs- und Ausbildungsreife verlassen haben und bei denen davon auszugehen ist, dass die Regelangebote der Berufsvorbereitung nicht zum Integrationserfolg führen würden. Bei der Zielgruppe handelt es sich zumeist um Jugendliche mit mehrfachen arbeitsmarktlichen Vermittlungshemmnissen.“

Produktionsschule.NRW wird von freien Trägern in betriebsähnlichen Strukturen durchgeführt. Ziel ist es, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen an die Aufnahme einer Ausbildung bzw. Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durch die Verknüpfung von Arbeiten und Lernen in realen/betriebsförmigen Dienstleistungs- und Produktionsprozessen heranzuführen. Während der Maßnahme sollen die Jugendlichen Ausbildungsreife erlangen und motiviert werden, eine Lern- und Arbeitshaltung zu entwickeln, die sie zur Aufnahme einer Ausbildung befähigt.“

Produktionsschule.NRW versteht sich als integraler Bestandteil des Übergangssystems Schule–Beruf, Produktionsschulen sollen eine Alternative zur Ausbildungsvorbereitung an berufsbildenden Schulen bieten.

Quelle:

http://www.arbeit.nrw.de/ausbildung/uebergang_schule_beruf/laufende_massnahmen/prod_schule/index.php

2.5 Initiative von Bundesländern gegen Kooperationsverbot

Die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin und Thüringen unterstreichen in einem gemeinsamen Antrag für den Bundsratsausschuss für Kulturfragen die Forderung nach neuen Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden für den gesamten Bildungsbereich und fordern ein stärkeres Engagement des Bundes auch im Bereich der Bildung.

Als Beispiele für gemeinsam zu bewältigende Aufgaben im Bildungsbereich nennen sie die Schulsozialarbeit und die „Initiative Bildungsketten“ im Bereich des Übergangssystems von der Schule in den Beruf. Hier reiche es nicht aus, wenn der Bund nur Projekte anstößt und sich dann aus der Finanzierung zurückzieht. Eine verlässliche, kontinuierliche Finanzierung durch den Bund sei notwendige Voraussetzung dafür, dass geschaffene Strukturen quantitativ und qualitativ erhalten und weiter ausgebaut werden können.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/pm/92096/laender-begruessen-gesetzentwurf-und-fordern-neue-formen-der-zusammenarbeit-auch-im-bildungsbereich/>

➤ Siehe dazu auch die Stellungnahme von Stiftungen und GEW (Kap. 7.5 und 7.6)

(3)**Ergebnisse neuer bildungspolitischer Studien****3.1 Bildungs- und Berufsberatung für den Erfolg der Jugendgarantie**

Tibor Bors Borbély-Pecze/Jo Hutchinso: Die Rolle der Bildungs- und Berufsberatung für den Erfolg der Jugendgarantie. Konzeptpapier Nr. 4. Berlin 2014

Die vorliegende Studie des Europäischen Netzwerks für eine Politik lebensbegleitender Beratung (ELGPN) beschreibt die Aufgabe lebensbegleitender Bildungsberatung bei der Umsetzung der EU-Jugendgarantie und als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Elementen der Jugendgarantieprogramme. Die Studie liegt bereits seit Dezember 2013 vor, wurde aber erst jetzt vom Nationalen Forum Beratung (nfb) in deutscher Übersetzung herausgegeben.

Die zentrale Aufgabe lebensbegleitender Beratung ist aus Sicht der Autoren die unmittelbare Unterstützung von Jugendlichen im Übergang Schule - Beruf. Sie ermöglicht ihnen eine Reihe von zusammenhängenden Erfahrungen, mit deren Hilfe sie ihre eigenen Interessen, Fähigkeiten und Eigenschaften erkunden und so ihre Berufsvorstellungen entwickeln können.

Den Beratungsdiensten schreibt die Studie aber noch eine weitere Aufgabe zu: Sie könnten Regierungen und Unternehmen auch als ein funktionierendes strategisches Frühwarnsystem dienen. An der Schwelle von Angebot und Nachfrage auf dem örtlichen Arbeitsmarkt könnten sie Probleme frühzeitig erkennen und dafür Lösungsansätze entwickeln.

Auf der Basis von Beispielen guter Praxis in verschiedenen EU-Ländern zeigen die Autoren eine Reihe von Maßnahmen auf, die der Jugendgarantie zum nachhaltigen Erfolg verhelfen sollen. Dazu zählen Anlaufstellen mit Lotsenfunktion, die Jugendlichen zeigen, wo und wie sie Hilfe finden und aufsuchende Angebote für diejenigen, die von sich aus keine amtlichen Stellen aufsuchen. Neben persönlichen Beratungsansätzen empfiehlt die Studie Unterstützungsmöglichkeiten zum Erwerb von Fertigkeiten und Fähigkeiten etwa auf dem Zweiten Bildungsweg, die Förderung der Selbstständigkeit, zielorientierte Lohn- und Einstellungsunterstützungen sowie Programme, die die Jugendmobilität fördern.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.elgpn.eu/publications/browse-by-language/german/die-rolle-der-bildungs-und-berufsberatung-fur-den-erfolg-der-jugendgarantie/>

3.2 Prognose zum deutschen Berufsbildungssystem bis 2025

Dieter Dohmen: Berufsausbildung unter Druck - Prognose zum deutschen Berufsbildungssystem bis 2025. Hrsg. Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie. FiBS-Forum Nr. 52. Berlin, September 2014

Eine Prognose des Berliner Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) zur Ausbildungssituation in Deutschland zeigt, dass in den kommenden Jahren mit einem deutlichen Rückgang an dualen Ausbildungsplätzen zu rechnen ist. Wurden 2013 noch 531.000 neue Ausbildungsverträge unterschrieben, wird die Zahl nach den aktuellen Berechnungen des FiBS in rund zehn Jahren um 100.000 sinken, während die Zahl der Plätze im Schulberufssystem konstant bei etwa 300.000 bleibt. Zwar gewinnt die schulische Berufsausbildung damit an Bedeutung, doch ist die duale Ausbildung weiterhin der größte Bereich des Ausbildungssystems. Im Gegensatz zum aktuellen nationalen Bildungsbericht prognostiziert die Studie, dass auch in den kommenden Jahren mehr junge Menschen eine duale Ausbildung als ein Studium aufnehmen werden. Die duale Ausbildung werde allerdings noch stärker unter Druck kommen, wenn die erheblichen Herausforderungen nicht zeitnah von Politik und Wirtschaft angegangen werden.

Dem dualen System gelingt es nicht, die jungen Frauen besser anzusprechen

Die Studie zeigt, dass nicht die steigenden Abiturientenzahlen dem dualen System Probleme bereiten, sondern dass immer weniger Realschülerinnen und Realschüler eine duale

Ausbildung aufnehmen. Sie beginnen stattdessen eine schulische Berufsausbildung oder streben über das Gymnasium oder andere Wege, wie das (Fach-)Abitur, ein Studium an. Dies gilt insbesondere für junge Frauen mit Realschulabschluss. Dem dualen System gelinge es einfach nicht, die jungen Frauen besser anzusprechen, so Dohmen. Hierzu sei nicht nur ein Mentalitätswechsel erforderlich, sondern es müssten unter Umständen auch bestehende Vorschriften, die ihre Einstellung erschweren, geändert werden.

Kleine Ausbildungsbetriebe sind überfordert

Zwar geht der Anteil der Hauptschüler unter den Auszubildenden zurück, da aber die Zahl der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss noch stärker gesunken ist, heißt das, dass sich die Übergangschancen dieser Absolventen zuletzt verbessert haben. „Die Unternehmen erkennen zunehmend, dass sie hier mehr tun müssen. Allerdings sind gerade kleine Ausbildungsbetriebe dabei überfordert. Sie können sich nicht permanent darum kümmern, grundlegende Schwächen in Lesen, Schreiben oder Rechnen oder im sozialen Verhalten zu beheben. Hier muss eine leistungsstarke und flexible Unterstützungsinfrastruktur geschaffen werden, die den Unternehmen vor und während der Ausbildung bedarfsgerecht hilft.“

In der Pflicht sind aber auch Unternehmen: „Sie müssen sich noch stärker um neue Auszubildende bemühen und um sie werben. Dazu sind wiederum die kleinen Unternehmen kaum in der Lage. Sie sind mit dem Tagesgeschäft meist völlig ausgelastet, und dann bleibt keine Luft mehr, um hier auch noch tätig zu werden. Und ein paar tausend Euro für ein Ausbildungsmarketing, dessen Erfolg unklar ist, ist oft mehr als die knappen Kassen dieser Firmen verkraften. Also ziehen sie sich notgedrungen zurück.“

Die Studie zeigt, dass nicht Unternehmen generell sich aus der Ausbildung zurückziehen, sondern dass es insbesondere die kleinen Unternehmen in Ostdeutschland sind. Diese haben bei der dualen Ausbildung einen strukturellen Nachteil, den sie nur schwer überwinden können. Der Aufwand wird von ihnen als so groß empfunden, dass es besser erscheint, auf Auszubildende zu verzichten und sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren. Damit gehen Ausbildungsplätze verloren. Dieser Trend wird sich über kurz oder lang auch in Westdeutschland verschärfen.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://fibs.eu/de/sites/wgData/FiBS-Forum_052_Berufsausbildung%20unter%20Druck_140903.pdf

3.3 Studie zu den Erträgen von Bildungsinvestitionen

Friedhelm Pfeiffer/Holger Stichnoth: Erträge von Bildungsinvestitionen. Mannheim September 2014
Die Studie untersucht auf Basis ausgewählter Literaturbeiträge und des ZEW Mikrosimulationsmodells Erträge und Kosten von Bildungsinvestitionen. Dabei wird ein Studium mit einer Berufsausbildung und eine Berufsausbildung mit der Alternative weder Berufsausbildung noch Studium verglichen.

Die Studie kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass die untersuchten Investitionen im Mittel einen fiskalischen Nettoertrag pro Auszubildenden von 124 Tsd. Euro und pro Student von 97 Tsd. Euro erwarten lassen. Die fiskalischen Bildungsrenditen beider Bildungsgänge liegen bei über 5% und damit deutlich über der aktuellen Verzinsung von 10-jährigen Bundesanleihen von unter einem Prozent. Investitionen in die Berufsausbildung rentieren sich aufgrund ihrer präventiven Wirkung für die öffentliche Hand besonders, weil sie fiskalische Belastungen durch Sozialleistungen vermeiden helfen. Eine Hochschulausbildung erhöht die Rendite weiter, weil zusätzliches Erwerbseinkommen zu einem höheren Steueraufkommen beiträgt. Zudem werden individuelle Anreize für Bildungsinvestitionen untersucht.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Ertraege_BildungsinvestitionenZEW2014.pdf

3.4 DGB-Ausbildungsreport 2014

DGB Jugend: Ausbildungsreport 2014. Berlin, September 2014

Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend erscheint inzwischen zum neunten Mal. In diesem Jahr liegt neben der weiterhin aktuellen Frage „Wie ausbildungsreif sind eigentlich die Unternehmen?“ der Schwerpunkt auf der Lebenssituation der Auszubildenden.

Seit einigen Jahren steigen die Ansprüche und Erwartungen an die Mobilität von Auszubildenden. Gleichzeitig verschiebt sich der Start der Ausbildung weiter nach hinten, das Einstiegsalter liegt inzwischen bei 20 Jahren. Damit stellen sich auch neue Fragen für die Lebens- und Wohnsituation der jungen Erwachsenen. Während es für einen 16-jährigen Auszubildenden früher völlig normal war, während der Ausbildung bei den Eltern zu wohnen, sieht das für eine 21-Jährige heute möglicherweise ganz anders aus. Um diese Fragen genauer zu untersuchen, wurden die Auszubildenden zu ihrer Wohn- und finanziellen Situation sowie zu ihrer Mobilität befragt, da neben der direkten Ausbildungsqualität und der notwendigen Qualifikation für das spätere Arbeitsleben auch diese Aspekte wesentliche Merkmale für die Attraktivität der dualen Ausbildung darstellen können.

In diesem Jahr haben sich 18.357 Auszubildende aus den 25 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen (nach Bundesinstitut für Berufsbildung) aus betrieblicher und dualer Ausbildung, aus allen Ausbildungsjahren und aus Betrieben unterschiedlichster Größe an der schriftlichen Befragung der Gewerkschaftsjugend beteiligt. Damit ergibt sich eine fundierte Datengrundlage für eine detaillierte und repräsentative Bewertung der Ausbildungssituation in Deutschland.

Der Bericht zeigt, dass der überwiegende Teil der befragten Auszubildenden (71,4%) mit der Qualität der eigenen Ausbildung eher zufrieden ist. Dies dürfe, so der Bericht, jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor Probleme gibt und gegen Arbeitsschutzgesetze verstoßen wird. Mehr als jeder zehnte Auszubildende (11,7%) muss ausbildungsfremde Tätigkeiten ausüben, bei mehr als jedem Dritten (36,6%) fallen regelmäßig Überstunden an. Auch die Betreuung durch Ausbilder ist nicht immer sichergestellt. Besonders erschreckend ist, dass 13,2% der unter 18-jährigen Auszubildenden mehr als 40 Stunden in der Woche arbeiten müssen. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz.

Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den Berufen und Branchen, die sich mittlerweile verfestigt haben. Während die angehenden Industriemechaniker, Industriekaufleute und Bankkaufleute mit ihrer Ausbildung zufrieden sind, bilden einige Berufe des Handwerks, des Handels und vor allem der Gastronomie und der Hotellerie wieder das Schlusslicht der Befragung mit eklatanten Problemen und Gesetzesverstößen.

Dem Bericht zufolge sind die Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt beunruhigend. Gerade einmal zwei Drittel der ausbildungsinteressierten jungen Menschen finden eine Ausbildungsstelle, während die Unternehmen vermehrt über unbesetzte Ausbildungsplätze klagen. Besetzungsprobleme gibt es meist in den Berufen, die massive Probleme mit der Ausbildungsqualität haben.

Insgesamt wurde fast jeder vierte Ausbildungsvertrag vorzeitig aufgelöst. In Berufen, denen die Auszubildenden eine hohe Ausbildungsqualität bescheinigen, liegen die Vertragslösungsquoten jedoch deutlich unter dem Durchschnitt: etwa 6% bei den Bankkaufleuten oder 7,5% bei Industriekaufleuten. Dagegen liegen die Zahlen in Berufen mit massiven Problemmeldungen weit über dem Schnitt. Nahezu 50% aller angehenden Köchinnen und Köche haben ihre Ausbildung frühzeitig abgebrochen, bei den Fachverkäufern im Lebensmittelhandwerk waren es mehr als 41%. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass auf Beschwerden von Auszubildenden reagiert werden müsse und die Missstände in den Betrieben schneller erkannt und beseitigt werden müssten.

Ein zentrales Problem ist dem Bericht zufolge weiterhin der Zugang zur Ausbildung. Noch immer stecken 260.000 Jugendliche in Warteschleifen zwischen Schule und Ausbildung fest. Gerade einmal 65% der ausbildungsinteressierten haben einen Ausbildungsplatz bekommen. Deshalb wird dringend eine gesetzliche Ausbildungsgarantie gefordert, die sicherstellt, dass alle ausbildungsinteressierten eine faire Chance und einen qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatz bekommen.

Der DGB-Ausbildungsreport kann heruntergeladen werden unter:

<http://jugend.dgb.de/meldungen/ausbildung/++co++2e71121a-3294-11e4-b48c-525400808b5c>

3.5 Schwacher Schulabschluss – und dennoch rascher Übergang in Berufsausbildung?

Ruth Enggruber/Joachim Gerd Ulrich: Schwacher Schulabschluss – und dennoch rascher Übergang in Berufsausbildung? Einflussfaktoren auf die Übergangsprozesse von Hauptschulabsolventen/-absolventinnen mit Konsequenzen für deren weitere Bildungswege. Hrsg. BIBB, Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 154. Bonn, 51 Seiten

Ausbildungslosigkeit junger Menschen ist vor allem der institutionellen Regelung des marktwirtschaftlich gesteuerten Zugangs zu einer dualen Berufsausbildung und damit wirtschaftlichen Bedingungen geschuldet, so die beiden Autoren der vorliegenden Studie. Denn trotz der seit den 1960er Jahren geltenden bildungspolitischen Programmatik „Ausbildung für alle“ bleiben nach wie vor jährlich zahlreiche ausbildungsinteressierte Jugendliche ohne einen betrieblichen Ausbildungsplatz, obwohl das Berufsbildungsgesetz keinerlei formale Zugangsvoraussetzungen definiert.

Mit der Begründung fehlender Ausbildungsreife und sonstiger individueller Defizite werden sie unter anderem in Maßnahmen des Übergangsbereichs zwischen Schule und Beruf vermittelt, um dort die vermeintlich notwendigen Kompetenzen für die Aufnahme einer Berufsausbildung zu erlangen. Dabei zeigen Untersuchungen, dass vor allem die Bedingungen auf den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmärkten entscheidend dafür sind, dass so viele ausbildungsinteressierte Jugendliche keinen Ausbildungsplatz bekommen. In vielen Regionen bleibt das Ausbildungsplatzangebot der Betriebe deutlich hinter der Ausbildungsplatznachfrage der Jugendlichen zurück.

Da es in Deutschland kein flächenweites flexibles Kompensationssystem für fehlende betriebliche Ausbildungsangebote gibt, lässt sich der Versorgungsbedarf der Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen im Großen und Ganzen nur soweit abdecken, wie es dem aktuellen Personalbedarf der Betriebe entspricht. Die enge Anlehnung der Ausbildungsleistung an den Bedarf der Wirtschaft sichert somit zwar einen relativ geschmeidigen Übergang der Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen in Erwerbstätigkeit, macht die Integrationsleistung des dualen Berufsausbildungssystems aber stark anfällig für wirtschaftlich-konjunkturelle und -strukturelle Entwicklungen.

Die Studie zeigt, dass die Dauer des Übergangsprozesses, die Jugendliche mit maximal einem Hauptschulabschluss zur Aufnahme einer Berufsausbildung benötigen, vor allem von der Höhe des regionalen Ausbildungsplatzangebots beeinflusst wird. Auch dass es Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders schwer haben, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu bekommen, verweist darauf, dass die marktwirtschaftliche Steuerung des Zugangs zu einer Berufsausbildung sozial selektiv wirkt und soziale bzw. Bildungsungleichheit in erheblichem Maße verstärkt.

Neben dem betrieblichen Ausbildungsplatzangebot benennt die Studie als weitere Determinante für den Verbleib der Jugendlichen die Anzahl der jeweils in der Region vorhandenen Angebote im Übergangsbereich. Sie erklärt diesen Einflussfaktor damit, dass die eingepflanzten bzw. eingerichteten Plätze im Übergangssystem möglichst auch besetzt werden sollen und die Jugendlichen zudem kaum andere Alternativen haben, da die Zahl der Plätze im Übergangssystem negativ mit der bereitgestellten Zahl vollqualifizierender außerbetrieblicher Plätze korreliert.

Zusammenfassend kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass vor allem der regionale Ausbildungsmarkt und das vorhandene institutionelle Angebot im Übergangsbereich die zentralen Determinanten dafür sind, wie lange Jugendliche für die Aufnahme einer Berufsausbildung benötigen. Darüber hinaus von Bedeutung ist als motivationaler Einflussfaktor die Schulaffinität der Jugendlichen, was sich daran zeigt, dass Jugendliche neben der Aufnahme einer Berufsausbildung auch eine schulische Maßnahme im Übergangsbereich als Alternative in Betracht ziehen, um ihren Schulabschluss zu verbessern.

Ein Fazit der Studie ist, dass der institutionell geregelte marktwirtschaftliche Zugang zu einer dualen Berufsausbildung in erheblichem Maße zu ungleichen Bildungschancen für ausbildungsinteressierte Jugendliche führt. Wenn jungen Menschen mit maximal einem mittelmäßigen Hauptschulabschluss bei entsprechenden Ausbildungsmarktbedingungen ohne Verzögerung die Aufnahme einer Ausbildung gelingt, ist die Behauptung, vor allem individuelle Defizite oder fehlende Ausbildungsreife seien für die Ausbildungslosigkeit Jugendlicher die entscheidenden Determinanten, kaum noch haltbar. Das Vorurteil, Jugend-

liche mit geringen kognitiven Kompetenzen seien nicht reif für eine Ausbildung, ist damit nur noch schwer haltbar, so die beiden Autoren.

Wie rasch es Jugendlichen gelingt, nach Beendigung der Schule einen Ausbildungsplatz zu erhalten, ist für den weiteren Bildungsweg von enormer Bedeutung, so ein weiterer Befund der Studie. So verlaufen die Bildungswege Jugendlicher mit raschem Ausbildungsbeginn deutlich günstiger als die von Jugendlichen mit verzögertem Start – gemessen an weniger Ausbildungsabbrüchen, dem erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung, der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und geringerer Arbeitslosigkeit. So gesehen kann auch von einer „doppelten Benachteiligung“ der verzögert einmündenden Jugendlichen gesprochen werden: Zunächst sind sie vor allem durch die regionalen Ausbildungsmarktbedingungen und die dort herrschenden Einstellungspraxen der Betriebe benachteiligt. Des Weiteren verbessern sich ihre Zugangsvoraussetzungen für eine Berufsausbildung nicht grundlegend durch den Besuch im Übergangsbereich, vielmehr verlaufen ihre Bildungswege danach sogar weniger günstig als bei den Jugendlichen, die direkt eine Berufsausbildung begonnen haben.

Lediglich die Jugendlichen, denen es innerhalb der ersten 15 Monate nach Verlassen der Hauptschule gelungen ist, ihren Schulabschluss zu verbessern, profitierten von ihrem Besuch des Übergangssektors. Für die anderen bedeuten die Maßnahmen im Übergangsbereich eher eine „sinnlose Warteschleife“ als eine Unterstützung in ihrem Übergangsprozess und in ihrem weiteren Bildungs- und Berufsweg.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/download/id/7412>

3.6 Berufsausbildung junger Menschen mit Behinderungen – Eine repräsentative Befragung von Betrieben

Ruth Enggruber/Josef Rützel: Berufsausbildung junger Menschen mit Behinderungen. Eine repräsentative Befragung von Betrieben. Hrsg. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh Juni 2014, 80 Seiten

Hintergrund der von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen Studie ist die These, dass die Forderung nach Inklusion in der beruflichen Bildung umso intensiver gestellt werden muss, je mehr inklusiv beschulte junge Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf die allgemein bildenden Schulen verlassen und daher dringend Konzepte erforderlich sind, um jungen Menschen mit Behinderungen einen Übergang in eine inklusive Berufsausbildung zu ermöglichen. Aber nicht nur aus Sicht dieser Jugendlichen und deren Eltern, sondern auch aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive muss die Berufsausbildung inklusiver gestaltet werden, so die Auftraggeber, da es in Zeiten des demografischen Wandels und von drohendem Fachkräftemangel immer wichtiger werde, alle Potenziale zu fördern und zu nutzen.

Da es bislang kaum Informationen über den Status quo der betrieblich-dualen Ausbildung von Menschen mit Behinderungen gibt und um die Betriebe für ein solches Ausbildungsengagement zu motivieren und gezielt bei der inklusiven Berufsausbildung unterstützen zu können, bedarf es jedoch der Informationen über die Erfahrungen und Veränderungsbedarfe gerade aus betrieblicher Sicht. Um diese Lücke zu schließen, wurde eine repräsentative Unternehmensbefragung durchgeführt, bei der über 1.000 ausbildungsberechtigte Unternehmen zu ihren Erfahrungen und Einschätzungen bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderungen befragt worden sind.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie erlauben erstmals eine differenzierte Einschätzung dazu, welche Erfahrungen Unternehmen bei der Ausbildung behinderter Menschen machen, wie sie die vorhandenen Unterstützungssysteme beurteilen und was aus ihrer Sicht verändert werden müsste, um das betriebliche Ausbildungsplatzangebot für behinderte Menschen ausweiten zu können.

Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-5550468E-491814A6/bst/xcms_bst_dms_39898_40344_2.pdf

Weitere Informationen zu dieser Studie und zum Thema unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_121332.htm

3.7 Kein Abschluss ohne Anschluss (NRW) – Endbericht der wiss. Begleitung

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Kein Abschluss ohne Anschluss - Umsetzung des Landesvorhabens in sieben Referenzkommunen. Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung. Juni 2014, 148 Seiten

Im Januar 2012 startete in NRW das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ zunächst in sieben ausgewählten Referenzkommunen. Mit dem vorliegenden Bericht zieht die wissenschaftliche Begleitung nunmehr ein Fazit über die bisherige zweijährige Umsetzung.

Der Bericht zeigt, welche Faktoren für das Gelingen des Landesvorhabens von Bedeutung sind und welche Herausforderungen es in der Umsetzung gibt. Außerdem werden Handlungsempfehlungen formuliert.

Der Bericht kann heruntergeladen werden unter:

http://www.arbeit.nrw.de/pdf/ausbildung/kaoa_endbericht_referenzkommunen.pdf

Weitere Informationen zu dem Landesvorhaben finden sich unter:

<http://www.keinabschlussohneanschluss.nrw.de/unsere-servicelinks/fachlinks-zum-uebergang-schule-beruf-in-nrw.html>

3.8 BIBB-Befragung zum Thema „Ausbildungsmobilität“

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zeigen ein großes Interesse am Thema „Ausbildungsmobilität“. Sie schätzen die räumliche Mobilität von Jugendlichen als wichtig ein und sehen in der Rekrutierung von Auszubildenden aus entfernteren Regionen ein zunehmend an Bedeutung gewinnendes Instrument zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs. Betriebe sind in gewisser Hinsicht bereit, die Mobilität der Auszubildenden zu unterstützen. Deutlich wird aber auch, dass bestehende Fördermöglichkeiten bekannter gemacht und stärker genutzt werden müssen. Dies sind Ergebnisse einer Betriebsbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

Im Einzelnen zeigt die Befragung im Rahmen des Referenz-Betriebs-Systems (RBS), dass die Bereitschaft der KMU, unterstützend zu wirken, einen klaren Schwerpunkt bei „ideellen“ Hilfestellungen hat – beispielsweise durch flexible Urlaubszeitregelungen für Heimfahrten und individuelle Hilfen bei betrieblichen, schulischen oder auch persönlichen Schwierigkeiten. Finanzielle Unterstützungsleistungen, wie zum Beispiel Fahrtkostenzuschüsse, Mietzuschüsse oder die Übernahme von Umzugskosten, werden dagegen weniger in Betracht gezogen.

Ausbildungsmärkte in Deutschland sind regional geprägt: Jugendliche leben nicht immer dort, wo ihr gewünschter Ausbildungsberuf angeboten wird und es genügend Ausbildungsstellen gibt. Eine überregionale Rekrutierung könnte zum Ausgleich dieser Passungsprobleme beitragen und Betriebe mit rückläufigen Bewerbungs- und Ausbildungszahlen ebenso wie ausbildungssuchende Jugendliche unterstützen. Dies bestätigen die Betriebe in der RBS-Befragung: So schätzen 62,6% eine überregionale Rekrutierung als wichtig ein; 82,5% meinen, dass die Mobilität in fünf Jahren ein wichtiges Instrument zur Fachkräftesicherung sein wird.

Jedoch: Bei der BIBB-Schulabgängerbefragung 2012 bejahten lediglich 11,7% derjenigen, die gerade eine Ausbildung machten, sich auch mehr als 100 Kilometer außerhalb der Region beworben zu haben. Jugendliche, die zur Befragungszeit keine Ausbildung machten, dies aber beabsichtigten, hatten sich zu 15,8% überregional beworben.

„Jugendliche sollten daher verstärkt ermutigt werden, mobiler zu sein und sich auch um Ausbildungsplätze außerhalb ihrer Heimatregion bewerben. Außerdem sollte an der Einstellung der Jugendlichen zur Mobilität bereits in der Schule gearbeitet werden“, so BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser. „Gleichzeitig müssen kleine und mittlere Unternehmen weiter sensibilisiert werden, sich auch über ihre Region hinaus um Auszubildende zu bemühen.“ So suchen etwa zwei von drei KMU ihre Auszubildenden in einem Radius von lediglich bis zu 20 Kilometern. Etwa ein Drittel sucht in einem Radius bis 100 Kilometer und nur 5% der Betriebe auch in einem Radius über 100 Kilometer.

Der BIBB-Befragung zufolge fühlen sich die Betriebe nur unzureichend über Angebote zur Förderung regionaler Mobilität von Auszubildenden informiert. Sechs von zehn befragten KMU gaben an, sich „schlecht oder gar nicht“ beziehungsweise „wenig“ informiert zu füh-

len. Bereits bestehende Fördermöglichkeiten sind zu wenig bekannt und könnten mehr genutzt werden: So geben drei von vier KMU an, das betreute Jugendwohnen nicht zu kennen; jeder zweite Betrieb kennt finanzielle Hilfen wie die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) nicht; rund ein Drittel kennt diese zwar, hat sie aber noch nicht genutzt. „Die Konzepte sind vorhanden“, so BIBB-Präsident Esser weiter. „Es gilt aber, sie in die Fläche und in die Praxis zu tragen. Hier sind alle Akteure der beruflichen Bildung gefordert.“

Weitere Informationen unter:

www.bibb.de/rbs

Quelle:

http://www.bibb.de/de/pressemitteilung_15209.php

3.9 Was hat die Kompetenzorientierung gebracht? Ein Streitgespräch

Streitgespräch zwischen den beiden Bildungsforschern *Prof. Dr. Olaf Köller* (Gründungsdirektor des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), das im Auftrag der Kultusministerkonferenz Bildungsstandards für die Schulen entwickelt hat; seit 2009 Leiter des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und der Mathematik (IPN) Uni Kiel) und *Prof. Dr. Hans Peter Klein* (Goethe-Universität Frankfurt am Main, Lehrstuhl für Didaktik der Biowissenschaften und Präsident der Gesellschaft für Didaktik der Biowissenschaften).

Gegenstand des Streitgesprächs

Seit mehr als zehn Jahren entwickelt die Kultusministerkonferenz bundeseinheitlich verbindliche Bildungsstandards. Dort werden die Kompetenzen beschrieben, die von den Schülern zum Ende der Grundschulzeit, zum Hauptschulabschluss, zum Mittleren Abschluss und zum Abitur erwartet werden. Die aktuelle PISA-Studie von 2012 bescheinigt deutschen 15-Jährigen eine deutliche Leistungsverbesserung. In Mathematik, Naturwissenschaften und bei der Lesekompetenz liegen sie nun über dem OECD-Durchschnitt. Und auch die Zahl der so genannten Risikoschüler hat abgenommen.

Fragestellungen des Streitgesprächs

- Bildungsstandards, Kompetenzorientierung und Vergleichsarbeiten: Haben diese Reformen nach dem katastrophalen deutschen PISA-Ergebnis im Jahr 2000 tatsächlich zu besseren Schülerleistungen und zu besserem Unterricht geführt?
- Oder zieht die Kompetenzorientierung im Schulalltag möglicherweise ganz andere Probleme nach sich?
- Gibt es belastbare Beweise dafür, dass diese Kompetenzorientierung daran beteiligt ist?

Olaf Köller:

Wir wissen, dass nach PISA 2000 sehr viele Anstrengungen unternommen wurden, um das Leseverstehen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern und Lesen als Querschnittskompetenz über alle Fächer zu fördern. Aber ob die *Kompetenzorientierung* im Unterricht überhaupt flächendeckend angekommen ist, bezweifeln wir. Wir beobachten allerdings, dass sich Aufgaben in den Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien insbesondere in Mathematik und Naturwissenschaften im Hinblick auf Kompetenzorientierung deutlich verändert haben. Aber auch hier gibt es keine Belege für den Erfolg, denn ob sie alle im Unterricht genutzt werden, wissen wir nicht.

Haben die Vergleichsarbeiten zur Verbesserung beigetragen?

Auch das wissen wir nicht – und ich, glaube es auch nicht."

Könnten schließlich die Strukturreform, die Umstellung auf ein zweigliedriges Schulsystem in vielen Bundesländern, ihren Anteil haben?

Alles was wir weltweit empirisch belegen können, spricht dagegen. Vieles deutet darauf hin, dass die Förderung schwacher Schüler und die frühkindliche Förderung Auswirkungen auf die Schülerleistungen haben.

Fazit

Wir wissen nicht genau woran es liegt, dass die Schülerinnen und Schüler besser geworden sind, aber wir wissen, dass Kompetenzorientierung zumindest nicht dazu geführt hat, dass die Schüler in den drei Domänen, die in PISA getestet werden, schlechter geworden sind.

Hans Peter Klein:

Die *Kompetenzorientierung* ist gut gemeint, aber unzureichend umgesetzt. Zu kritisieren ist, dass die Fixierung auf Kompetenzen zu einer Vernachlässigung der Fachwissenschaften geführt hat. Ursprünglich sollte Kompetenzorientierung auf der Basis von Fachwissen entwickelt werden, doch ist man nicht bei diesem Konzept geblieben. Bereits in den ersten neuen Kerncurricula wurde der Begriff „Fachwissen“ durch „Nutzung fachlicher Konzepte“ ersetzt. Es gibt unterdessen sogar Kerncurricula, die ganz auf den Begriff „Fachwissen“ verzichteten, zum Beispiel für die Primarstufe in Hessen. Man glaubt dort, erkannt zu haben, dass Fachwissen in der Primarstufe noch keine Rolle spielt.

Olaf Köller:

Wir haben immer Inhalte mitgedacht. Das Potenzial der Kompetenzorientierung kommt in der öffentlichen Diskussion viel zu kurz. Jede Unterrichtsstunde, jede Unterrichtseinheit muss sich daran messen lassen, inwieweit sie zur Weiterentwicklung inhaltsbezogener und allgemeiner Schülerkompetenzen beiträgt. Die wichtigste Frage ist nicht: Was haben wir durchgenommen? sondern: Welche Vorstellungen, Fähigkeiten und Einstellungen sind entwickelt worden?

Hans Peter Klein:

Die Fokussierung auf Kompetenzen hat zu beunruhigenden Auswüchsen geführt – etwa bei Abiturklausuren, wie das neue Abiturfach „Präsentation“ zeigt, das mittlerweile in einigen Bundesländern eingeführt worden ist. Besonders gern werden hierfür von den Schülern (und Lehrern) mathematische Aufgabenstellungen gewählt, um die fachliche Inkompetenz der Schüler zu kompensieren. Schließlich zählen bei der Benotung in erster Linie Schlüsselkompetenzen der Präsentation und nicht mathematisches Fachwissen.

Olaf Köller:

Dahinter steht die Nivellierung der Ansprüche. Das hat mit Kompetenzorientierung nichts zu tun, sondern ist eine systematische Strategie, um möglichst viele Schüler mit aller Gewalt über die Latte zu heben.

Hans Peter Klein:

Diese Beispiele zeigen die völlig falsche Umsetzung eines durchaus guten Gedankens.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/a/92104/was-hat-die-kompetenzorientierung-gebracht/>

(4)

Laufende bildungspolitische Studien**4.1 Nationales Bildungspanel**

Nachfolgend wird auf einige Forschungsprojekte hingewiesen, die im Rahmen des Nationalen Bildungspanels (NEPS) durchgeführt werden.

Laufende Forschungsprojekte**Junge Erwachsene ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung im Kontext intergenerationaler Bildungstransmission**

Universität Rostock

Vor allem ein geringes berufliches Qualifizierungsniveau gilt als eine Ursache für Jugendarbeitslosigkeit, die u.U. mit prekären Lebenssituationen wie Armut und Perspektivlosigkeit nachrückender Generationen einhergeht. Ziel der Analyse ist es, neben der Bestimmung von Determinanten der Ausbildungslosigkeit Jugendlicher, vor allem den Einfluss der Herkunftsfamilie auf die ersten Bildungswege nach erfolgreichem Schulabschluss im Zeitverlauf zu untersuchen. Im Rahmen der intergenerationalen Bildungstransmission soll bspw. eruiert werden, ob und wie herkunftsfamiliale Einflüsse einem Wandel unterliegen.

Soziale Ungleichheit im Bildungsprozess: die Entscheidungskriterien der Eltern bei der Schulwahl

Universität Wien

Analyse von Bildungskarrieren: Übergänge zwischen den Stufen, Entscheidungskriterien (in Abhängigkeit von der Sozialschicht der Eltern). Ziel: Prüfung relevanter Thesen - Einfluss außerökonomischer Hintergründe, Aspirationen der Eltern, eigene Erwartungen (Überprüfung zentraler Thesen, z.B. Boudon).

Zum Einfluss der ethnischen Zusammensetzung des Freundeskreises auf die Schulleistungen von autochthonen und allochthonen Schüler/-innen

Universität Bamberg

Im Vordergrund des Erkenntnisinteresses steht die Frage danach, inwieweit sich die ethnische Zusammensetzung des Freundeskreises auf die Schulleistungen von Schüler/-innen mit und ohne Migrationshintergrund auswirkt. Hiermit wird eine grundlegende Kontroverse der Integrationsforschung – die Wirksamkeit eigenethnischer Ressourcen – aufgegriffen und analysiert. Ziel ist es, nähere Einblicke in einen bisher relativ vernachlässigten Bereich der Integrationsforschung zu erhalten und vertiefte Erkenntnisse über die Wirkung von eigenethnischen Ressourcen zu gewinnen.

Bildungsverläufe in frühpädagogischen, schulischen und weiterführenden Institutionen

Universität München

Untersucht werden Rahmenbedingungen und Charakteristika von Bildungsverläufen in frühpädagogischen, schulischen und weiterführenden Institutionen. Im Einklang mit aktuellen Forschungsbefunden werden Entstehung und Auswirkungen von Bildungsaspirationen der Lernenden und aller beteiligten Gruppen untersucht. Des Weiteren werden psychosoziale und emotionale Merkmale der SchülerInnen analysiert und deren Einfluss auf Bildungserfolge und -verläufe in den Blick genommen. Von Interesse sind außerdem die Bildungsbiografien der SchülerInnen sowie Aspekte der Lehrerpersönlichkeit und des Lehrerhandelns als einflussnehmende Faktoren. Ziel ist es, Erkenntnisse ausgewählter Prozess- und Wirkfaktoren bei schulischen Bildungsverläufen zu gewinnen und mit Lern- und Leistungskomponenten in Beziehung zu setzen. Bei allen Teilfragen werden insbesondere die unterschiedlichen Perspektiven der beteiligten Akteure berücksichtigt.

Nähere Informationen zu den einzelnen Forschungsprojekten sind erhältlich beim NEPS unter: <https://www.neps-data.de/de-de/datenzentrum/forschungsprojekte.aspx>

4.2 Bildungsorientierungen und -entscheidungen von Jugendlichen im Kontext konkurrierender Bildungsangebote

Mona Granato/Verena Eberhard/Annalisa Schnitzler/Joachim Gerd Ulrich/Stephanie Matthes/Ursula Weiß: Bildungsorientierungen und -entscheidungen von Jugendlichen im Kontext konkurrierender Bildungsangebote. Forschungsprojekt 2.1.310 (JFP 2014) des BIBB. Laufzeit I/2014 bis IV/2017.

Obwohl sich durch den Rückgang der Schulabgängerzahlen das Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage zugunsten der Jugendlichen verbessert, verharrt die Zahl erfolgloser Lehrstellenbewerber/-innen auf hohem Niveau. Hierfür werden so genannte Passungsprobleme verantwortlich gemacht: So wie ein Teil der Jugendlichen nicht das gewünschte berufliche Angebot findet, wird ein Teil der Ausbildungsberufe von den Jugendlichen nicht genügend nachgefragt.

Ausgehend von der zunehmend stärkeren Marktposition von Jugendlichen konzentriert sich das Projekt auf ihren Berufsfindungsprozess. Projektziel ist es, jene individuellen, sozialen und kontextuellen Bedingungen zu eruieren, die bei Jugendlichen zu einer Annäherung (oder Ablehnung) vorhandener Ausbildungsangebote führen. Die Zielvariable ist der Berufsfindungsprozess, welcher einer Entscheidung für die Bewerbung um einen bestimmten Ausbildungsplatz vorgelagert ist.

Das Projekt konzentriert sich auf nichtstudienberechtigte Schulabgänger/-innen und Schulabsolventen/-innen, die die Hauptklientel des dualen Systems nach BBiG/HwO stellen und von Passungsproblemen deutlich stärker betroffen sind. Aus den Analysen sollen praxisrelevante Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite in den Blick nehmen. Im Mittelpunkt der Analysen steht die Frage, welche Bedingungen bei verschiedenen Ausbildungsangeboten gegeben sein müssen, um von Jugendlichen nachgefragt zu werden. Als Teil des potenziellen Bedingungsgefüges werden institutionell-strukturelle Faktoren wie z.B. berufsspezifische Merkmale, regionale Marktlagen und Alternativangebote anderer Bildungssektoren ebenso untersucht wie Kompetenzen und Motivationen der Jugendlichen, Einflüsse aus ihrem sozialen Umfeld sowie ihre bisherigen bildungsbiografischen Erfahrungen und deren Auswirkungen auf ihre berufliche Orientierung.

Die Kurzfassung der Projektbeschreibung kann heruntergeladen werden unter:
https://www2.bibb.de/bibbtools/tools/fodb/data/documents/pdf/ab_21310.pdf

4.3 Studie „Bildung, Milieu und Integration“

Die an der Abteilung für Bildungsforschung und Bildungsmanagement der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf seit 2012 durchgeführte Studie „Bildung, Milieu und Integration“ hat das Ziel, Ursachen von Bildungsungleichheit milieuspezifisch zu untersuchen und Faktoren für einen erfolgreichen Bildungsverlauf von Menschen mit Migrationshintergrund zu identifizieren. In Abgrenzung zu den vorherrschenden defizitorientierten Forschungsansätzen untersucht das Projekt dabei vor allem, welche Ressourcen Menschen mit Migrationshintergrund mitbringen, etwa aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit, hoher Bildungsambitionen, ausgeprägter Leistungsorientierung oder Flexibilität, und welche Chancen sich dadurch für sie eröffnen können.

Im Fokus der Untersuchung steht die systematische Analyse von Faktoren für erfolgreiche Bildungsverläufe von Menschen mit Migrationshintergrund. Ziel ist die typologische Beschreibung und Analyse der Bildungsaspirationen und Bildungsbarrieren der Migranten vor dem Hintergrund ihrer Herkunftskultur und ihrer Milieuzugehörigkeit.

Die Studie greift erstmals das Gesellschafts-Modell der Migranten-Milieus des Heidelberger Sinus-Instituts für den Bildungsbereich auf und untersucht milieugeprägte Erlebnisweisen und Bewertungsmuster von Bildungserfahrungen. Damit sollen die sehr unterschiedlich geprägten Lebenswelten differenzierter in den Blick genommen und die jeweils typischen Bildungserfahrungen und -einstellungen herausgearbeitet werden. Das Projekt wird von der Stiftung Mercator und der Vodafone Stiftung gefördert.

Im Dezember 2013 wurden erste Zwischenergebnisse vorgelegt, die auf 120 problemzentrierten Einzelinterviews mit Eltern von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund basieren. Aus den empirischen Befunden werden Empfehlungen abgeleitet, die sich an Lehrer und Eltern, aber auch an das deutsche Bildungssystem richten, das gerade für Kinder aus nicht-deutschen Herkunftskulturen oft dysfunktional wirkt: Falsche Wei-

chenstellungen, langwierige Umwege, fehlende Anerkennung, entmutigende Rückmeldungen, ausgrenzende, weil interkulturell nicht sensibilisierte Lehrkräfte.

Die im Jahr 2014 durchgeführte Repräsentativerhebung soll die quantitative Bedeutung der ermittelten Erfahrungen und Einstellungsmuster ermitteln.

Bei der Aufbereitung der Untersuchungsergebnisse sollen neben den Erfolgsfaktoren auch konkrete Handlungsempfehlungen für die Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis formuliert werden.

Die Zwischenergebnisse sowie weitere Informationen zu der Studie können heruntergeladen werden unter:

<http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/sozwiss/bildungsforschung-und-bildungsmanagement/projekte/bildung-milieu-migration/ergebnisse/>

- Die Studie enthält viele interessante Befunde und Anregungen für die Jugendsozialarbeit und die Bildungsarbeit mit jungen Menschen unterschiedlicher Migrations- und kultureller Hintergründe.

4.4 Modellprojekt – Berufsvorbereitungsjahr für Flüchtlinge

Das Berufsvorbereitungsjahr für Flüchtlinge ist ein neues Angebot der Stadt München. Es richtet sich an Flüchtlinge, die nicht mehr mittelschulpflichtig sind, die aber noch keine Ausbildung beginnen können. Die Flüchtlinge können bis zu 21 Jahre alt sein (in Einzelfällen auch bis zu 25 Jahren).

Das Projekt wird evaluiert von Prof. Dr. Philip Anderson, Migrationsforscher an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule Regensburg.

Nähere Informationen zu dem Modellprojekt unter:

<http://www.boki.musin.de/angebot/fluechtlinge.htm>

<http://www.blv.de/Fachtag-Bayerntag.10556.0.html>

Nähere Informationen zur Evaluation des Modellprojekts unter:

http://www.boki.musin.de/evaluation_fluechtlinge.html

sowie

<http://www.km.bayern.de/schueler/meldung/2783/integration-berufsschule-bereitet-junge-fluechtlinge-auf-die-arbeitswelt-vor.html>

Interview der Hans-Böckler-Stiftung mit Philip Anderson

Wie viele unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge leben in Deutschland?

Offiziell sind es 2100, inoffiziell ist von 10000 die Rede. Allein in München gehen wir von rund 1500 Jugendlichen unter 21 aus, bei steigender Tendenz. Vor allem aus den Krisenländern des Nahen Ostens, Syrien zum Beispiel, kommen immer mehr.

Haben diese Jugendlichen außer ihrem Alter etwas gemeinsam?

Ja. Auch wenn die meisten aus Bürgerkriegs- oder Kriegsregionen flüchten, gilt doch: Die dafür das Geld zusammenbekommen, sind die, denen zugetraut wird, sich in Europa eine Existenz aufzubauen. Dazu kommt, dass eine häufig jahrelange Reise enorme Lebensfähigkeit mit sich bringt. Etwas zynisch könnte man sagen: Auf dem Weg nach Deutschland findet eine positive Auslese statt.

Das heißt, die kommen, bringen viel Bildung mit?

Nicht unbedingt. Einige haben viele Vorkenntnisse. Ich habe aber auch schon einen Hirtenjungen erlebt, der sich nach dem Tod des Vaters auf den Weg machte und nicht einmal lesen und schreiben konnte. Als er hier war, hat er es auf schnellstem Weg zum mittleren Schulabschluss und in eine Elektrikerlehre geschafft.

Was gehört von deutscher Seite dazu?

Vor allem die Ressourcen der Jugendlichen zu erkennen und Flüchtlingsarbeit nicht nur aus einer Abwehr- oder Mitleidshaltung zu betreiben. München ist eine der ersten Städte, die fragt: Wie können wir professionell mit diesen Menschen umgehen? Und auch das Land Bayern hat 2011 mit der Ausdehnung der Berufsschulpflicht für Flüchtlinge auf 21 Jahre einen großen Schritt gemacht. Das gibt Jugendlichen trotz ihres unsicheren Aufent-

haltsstatus eine echte Chance. Nicht zuletzt gibt ihnen schulischer Erfolg auch ein Argument für eine dauerhafte Anerkennung in die Hand.

Sie evaluieren die Schule in München. Sie soll Modell für ganz Bayern werden und wird im Kleinen bereits an 30 Standorten umgesetzt. Was wissen Sie bereits?

Erstens: Mit Schule ist es nicht getan. Der neuralgische Punkt ist die Unterbringung, vor allem die Betreuung. Immer noch werden Jugendliche, wenn auch zum Glück meist nicht lange, in einer Kaserne untergebracht und dort zu sehr sich selbst überlassen. Im besseren Fall leben sie in Jugendwohngemeinschaften mit ständigen Ansprechpartnern. Die Vernetzung ist das A und O. Das Leben auf Basis des Ausländer- und Asylrechts führt zu enormem Koordinierungsbedarf. Von der Schule über das Amt für Wohnen, den Flüchtlingsrat und das Kreisverwaltungsreferat bis zum Kultusministerium braucht es ständige Kontakte. Denn die Verhandlungsspielräume werden größer, wenn man im Gespräch ist.

Und an der Schule?

Die Rolle der Lehrer ist nicht zu überschätzen. Um wirksam zu arbeiten, müssen sie wissen, woher die Schüler kommen, ihre Situation kennen, ihre kulturellen Hintergründe. Mit einem normalen Lehrerdasein hat das nicht viel zu tun. In München hat man offensichtlich die Richtigen dafür gefunden.

Der Erfolg steht und fällt damit, ob die Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt unterkommen. Wird das klappen?

Entscheidend sind Praktika. Wenn sie einmal im Betrieb sind, können sie mit ihrer hohen Motivation viele Arbeitgeber überzeugen, die nicht nur nach den Noten schauen. Auch die noch nicht perfekten Deutschkenntnisse werden zum überwindbaren Hindernis, wenn man merkt: Der oder die will wirklich im Beruf Fuß fassen.

Was können die Gewerkschaften tun?

Wenn sie durch Öffentlichkeitsarbeit und Schulungen für Betriebsräte über die Hintergründe und die Situation der jungen Flüchtlinge aufklären und sich in einschlägigen lokalen Netzwerken engagieren, hilft das sehr.

Quelle:

http://www.boeckler.de/45026_45048.htm

➤ Siehe zur Berufsausbildung von jungen Flüchtlingen das Positionspapier des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit (Kap. 7.2)

(5)**Neue Programme des Bundes und der Länder****5.1 EU-Programm Erasmus+**

Das für den Zeitraum von 2014 bis 2020* neu entwickelte EU-Programm „Erasmus+ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport“ soll zur Bewältigung verschiedener Herausforderungen beitragen. Zusammengefasst sollen mit dem Programm größere jugendpolitische, systemische und organisationsbezogene Wirkungen im Jugendbereich erzielt werden. Genutzt werden soll das Programm in Deutschland sowohl vom Bund als auch von den Ländern im Rahmen der EU-Jugendstrategie, um zu mehr Europa in der Kinder- und Jugendhilfe zu ermutigen.

Im Einzelnen verfolgt das Programm folgende Ziele:

Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit, insbesondere unter jungen Menschen. Dazu sollen belastbare und leistungsfähige Systeme in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Jugend geschaffen werden, die den Bürgern die Kompetenzen vermitteln, die auf dem Arbeitsmarkt und in einer wettbewerbsorientierten Gesellschaft benötigt werden.

Aufbau von Sozialkapital bei jungen Menschen, Stärkung junger Menschen und Befähigung junger Menschen zu aktiver Teilhabe an der Gesellschaft, um nach dem Vertrag von Lissabon die „Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben in Europa“ zu fördern. Aktivitäten zum nichtformalen Lernen, die die Qualifikationen und Kompetenzen sowie den aktiven Bürgersinn junger Menschen fördern, sollen dabei auch dazugehören.

Unterstützung von Systemreformen in den beteiligten Ländern unter Berücksichtigung der vereinbarten Vorgaben auf europäischer Ebene.

Erasmus+ soll zum einen den Programmländern helfen, die **Potenziale des europäischen Human- und Sozialkapitals wirksam zu nutzen**, und zum anderen durch die Unterstützung von Aktivitäten zum formalen, nichtformalen und informellen Lernen in allen Bereichen der allgemeinen und beruflichen Bildung und im Jugendbereich dem Grundsatz des lebenslangen Lernens Rechnung tragen. Außerdem soll das Programm die Chancen für den Ausbau der Zusammenarbeit mit Partnerländern und für verstärkte Mobilität, insbesondere im Hochschul- und im Jugendbereich, erhöhen.

Im Bereich des **Sports** soll Erasmus+ in den Programmländern Basisinitiativen und die politische Zusammenarbeit in Europa unterstützen. Das Programm soll die Einrichtung und die Entwicklung europäischer Netze fördern und Chancen für die Zusammenarbeit zwischen Akteuren und für den Austausch von Wissen und Know-how auf verschiedenen Gebieten im Zusammenhang mit Sport und körperlicher Betätigung eröffnen, um eine positive Wirkung insbesondere auf die Erschließung der Potenziale des europäischen Humankapitals zu entfalten.

Insgesamt wird das Programm Aktionen sowie die Zusammenarbeit und Instrumente entsprechend den Zielen der Strategie „Europa 2020“ und ihrer Leitinitiativen („Jugend in Bewegung“, „Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigung“ usw.) unterstützen. Das Programm soll auch dazu beitragen, die Ziele der Strategie ET 2020 (allgemeine und berufliche Bildung 2020), der EU-Jugendstrategie und des auswärtigen Handelns der EU zu verwirklichen. Außerdem soll das Programm im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung (OMK) auf europäischer Ebene vereinbarte politische Prioritäten unterstützen.

Das ausführliche **Programmhandbuch** kann heruntergeladen werden unter:

https://www.jugend-in-aktion.de/downloads/doctrine/JugendFuerEuropaJugendInAktionBundle:Dokument-file-53/erasmus-plus-programme-guide_de.pdf

Die **Kurzfassung der Programmübersicht** kann heruntergeladen werden unter:

https://www.jugendfuereuropa.de/download/doctrine/WebforumJFEWebsiteBundle:Publikation-file-3526/Kurzbrochuere_2014_screen.pdf

Das **Arbeitspapier** „Mehr Europa in die Kinder- und Jugendhilfe durch Erasmus+ JUGEND IN AKTION“ kann heruntergeladen werden unter:

https://www.jugendfuereuropa.de/download/doctrine/WebforumJFEWebsiteBundle:Publikation-file-3548/JfE_Arbeitspapier_KJH_Erasmus+.pdf

Zum Erasmus-Programm siehe auch:

* Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:347:0050:0073:DE:PDF>).

5.2 Eigenständige Jugendpolitik und Allianz für die Jugend

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Diana Golze, Nicole Gohlke, Dr. Rosemarie Hein, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. BT-Drucksache 18/1131

Sowohl im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP aus dem Jahr 2009 als auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD aus dem Jahr 2013 wurde eine eigenständige Jugendpolitik vereinbart. Bereits im Juni 2011 verkündete die damalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik. Dazu wurde eine Fachstelle „Zentrum Eigenständige Jugendpolitik“ bei der „Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V.“ (AGJ) eingerichtet. Die Ergebnisse aus diesem Prozess sollten in eine Eigenständige Jugendpolitik münden. In drei Expertengruppen und neun Fachforen mit Wissenschaft, Fachwelt, Jugendverbänden und Jugendlichen wurden unter Federführung des „Zentrums Eigenständige Jugendpolitik“ Empfehlungen an die Politik für insgesamt drei Fachgebiete entwickelt: „Übergangsgestaltung von der Schule in die Arbeitswelt“, „Schule und außerschulische Lern- und Bildungsorte“ sowie „Beteiligungschancen und -anlässe im politischen und öffentlichen Raum“.

Wie die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der LINKEN zeigt, gibt es bislang jedoch keine Planung, wie eine Allianz für die Jugend ausgestattet werden, arbeiten und wirken soll. Die Antworten des Familienministeriums auf die Fragen der LINKEN klingen eher nach Allgemeinplätzen. Wie Jugendpolitik als Eigenständige Jugendpolitik strukturell weiterentwickelt und umgesetzt werden soll, bleibt auch nach der Antwort der Bundesregierung offen.

Die einzelnen Fragen sowie die vollständige Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der LINKEN können heruntergeladen werden unter:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/012/1801269.pdf>

Im Juni 2014 hat die AGJ eine Publikation vorgelegt, die den Stand der Diskussionen darstellt und zur weiteren Debatte über eine neue Jugendpolitik anregen soll.

Sie kann heruntergeladen werden unter:

http://www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Ergebnispublikation_EiJP.pdf

5.3 EU-Programm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ (REC)

Transnationale Projekte zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie sowie anderen Formen der Intoleranz können über das EU-Programm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ (Rights, Equality and Citizenship Programme – REC Programm) gefördert werden. Das neue Rahmenprogramm führt in der aktuellen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 die bisherigen Programme „Daphne III“, „Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ sowie „PROGRESS Antidiskriminierung/Geschlechtergleichstellung“ aus der EU-Förderperiode 2007-2013 weiter.

Nähere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/justice/grants1/programmes-2014-2020/rec/index_en.htm

http://ec.europa.eu/justice/grants1/calls/just_2014_rrac_ag_en.htm

Quelle:

http://www.lasa-brandenburg.de/brandaktuell/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/newsletter_2014/nl-18-rec.pdf

5.4 BA-Initiative „Betriebliche Ausbildung hat Vorfahrt“

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass trotz der relativ guten Situation auf dem Ausbildungsmarkt die Zahl der unversorgten Bewerber und der unbesetzten Ausbildungsstellen in den letzten zwei Jahren gestiegen ist, hat der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Juli 2014 eine breit angelegte Initiative zur Stärkung der betrieblichen Ausbildung mit dem Titel „*Betriebliche Ausbildung hat Vorfahrt*“ ins Leben gerufen. Ziel ist, möglichst vielen Jugendlichen die Chance für eine solche Ausbildung zu eröffnen. Und: „Kein Jugendlicher soll verloren gehen“.

Die Initiative beinhaltet folgende Elemente:

Mit einer öffentlichen Kampagne werden gezielt Betriebe angesprochen, mehr Ausbildungsplätze auch für benachteiligte Jugendliche zu erschließen. Ausbildungsbegleitende Hilfen sollen künftig alle Auszubildenden erhalten, die diese benötigen. Hierzu wurde eine Gesetzesänderung erbeten. Zurzeit sind die Hilfen Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten oder sozial Benachteiligten vorbehalten.

Die BA führt die so genannte „Assistierte Ausbildung“ als ein neues Instrument ein. Dabei werden die Jugendlichen in Betrieben noch vor Beginn und während der gesamten Ausbildungszeit begleitet. Gleichzeitig werden die Betriebe organisatorisch und administrativ bei der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher unterstützt. Der Verwaltungsrat appelliert an den Gesetzgeber, die assistierte Ausbildung als eigenständiges Regelinstrument einzuführen.

Die Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen soll noch enger mit den Betrieben verzahnt werden. Hierbei sind die Ausbildungsplätze auf zukunftsorientierte Berufe auszurichten.

Der Verwaltungsrat der BA schlägt für Regionen mit einem besonders problematischen Ausbildungsmarkt ein Bund-Länder-Programm vor. Mit diesem müssen marktbenachteiligte Jugendliche in diesen Regionen eine Chance bekommen, über eine außerbetriebliche Ausbildung einen Berufsabschluss zu erlangen. Sollte dies nicht zustande kommen, wird an den Gesetzgeber appelliert, eine befristete gesetzliche Regelung zu schaffen, die eine Kofinanzierung Dritter in Höhe von mindestens 50% vorsieht.

Quelle:

Presse Info027 der Bundesagentur für Arbeit vom 18.07.2014 unter:

<http://www.arbeitsagentur.de/web/content/DE/Detail/index.htm?dfContentId=L6019022DSTBAI674047>

Siehe dazu auch den Bericht des WDR 2 unter:

<http://www.wdr2.de/veranstaltungen/lehrstellenaktion/ausbildungsinitiative100.html>

5.5 EU-Programm „Europatriates“

Die Europäische Kommission möchte mit dem Programm „europatriates“, das aus sechs Modulen besteht, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit verringern. Dazu sollen Jugendliche in europäischen Gastländern temporär in Ausbildung und Beschäftigung vermittelt und die Entwicklung einer Perspektive für Erwerbstätigkeit im Herkunftsland unterstützt werden. Ziel ist, dass jeder Jugendliche in Europa, der will und kann, eine berufliche Perspektive erhalten soll – bei definierten Zumutbarkeitskriterien und im Konzept europäischer Projekte.

In dem Pilotprogramm soll arbeitslosen Jugendlichen ab 18 Jahren eine berufliche und persönliche Entwicklungsperspektive in drei Sparten eröffnet werden: eine zwei- bis dreijährige Berufsausbildung, ein Coaching zum Aufbau einer Selbstständigkeit im Heimatland oder eine Vermittlung zum direkten Jobeinstieg bei Partnerunternehmen.

Weitere Informationen auf der Programmwebseite:

<http://www.europatriates.eu/>

Quelle:

http://www.jugendsozialarbeit.info/JSA/lagkjsnrw/lagkjsnrw_web.nsf/id/li_europatriates.html

5.6 Bundesprogramm „Demokratie leben“

Das Bundesfamilienministerium fördert ab 2015 mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ das zivile Engagement für Demokratie und Vielfalt. Dabei sollen Initiativen und Vereine langfristiger und nachhaltiger unterstützt werden als bisher. Schwerpunkt der Förderung ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, es sollen aber auch Projekte gefördert werden können, die sich gegen jegliche Formen von vorurteilsbasierter, politischer und weltanschaulich motivierter Gewalt wenden wie z.B. radikale demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Formen des Islam, des Ultranationalismus und der linken Militanz. Die Fördersumme beträgt 30,5 Millionen Euro. Zur Verbesserung der Planungssicherheit sind alle Strukturförderungen, Projekte und Maßnahmen mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren geplant.

Weitere Informationen unter:

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/bundesprogramm-demokratie-leben-ueberblick.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

5.7 Bundesprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“

Im Juli 2014 ist die gemeinsame Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) zum neuen Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ in Kraft getreten. Das bisherige Handlungsfeld „Übergang Schule-Beruf“ von BIWAQ und die bisherigen Aktivitäten des BMFSFJ im Rahmen der Initiative „JUGEND STÄRKEN“ werden in diesem gemeinsamen Bundesprogramm zusammengeführt. Die Fördermittel werden gezielt in benachteiligte Quartiere, die Programmgebiete des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ oder sonstige Brennpunktgebiete sind, gelenkt.

Mit diesem Programm werden junge Menschen i.S.d. § 13 Abs. 1 SGB VIII im Alter von 12 bis einschließlich 26 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund unterstützt, die

- von den Angeboten der allgemeinen und beruflichen Bildung, Grundsicherung für Arbeitssuchende und/oder Arbeitsförderung nicht mehr erfasst/erreicht werden oder bei denen diese Angebote auf Grund multipler individueller Beeinträchtigungen und/oder sozialer Benachteiligungen nicht erfolgreich sind, und
- zum Ausgleich ihrer sozialen Benachteiligungen und/oder individuellen Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf sozialpädagogische Unterstützung im Rahmen der Jugendhilfe angewiesen sind.

„JUGEND STÄRKEN im Quartier“ wird an ausgewählten Standorten in benachteiligten Stadtteilen und Regionen deutschlandweit umgesetzt. Das Modellvorhaben unterstützt Kommunen darin, passgenaue Hilfsangebote für junge Menschen am Übergang von der Schule in den Beruf zu entwickeln. Neben individuell zugeschnittenen Hilfen können auch Mikroprojekte zur Aufwertung des sozialräumlichen Umfelds von und mit Jugendlichen durchgeführt werden. Damit sollen die Entwicklung junger Menschen und zugleich die Nachbarschaften vor Ort gestärkt werden. Finanzielle Ressourcen und vor allem auch fachliches Know-how werden gebündelt, um junge Menschen in den betroffenen Quartieren noch effizienter unterstützen zu können.

Nähere Informationen zu den Zielen und zur Durchführung des Programms unter:

http://www.jugend-staerken.de/fileadmin/inhalt_dokumente/Foerderrichtlinie_barrierefrei_07.07.14.pdf

sowie unter:

<http://www.awo-informationsservice.org/aktuelle-meldungen/einzelmeldung/datum/2014/07/15/start-des-bundesweiten-modellprogramms-jugend-staerken-im-quartier/>

5.8 Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“

Das beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit angesiedelte Programm BIWAQ wird in der neuen ESF-Förderperiode (2014-2020) ausschließlich für die Personengruppe ab 27 Jahren fortgeführt und weiterentwickelt. Es soll zur Erhöhung der Beschäftigungsquote der Bevölkerung beitragen und den Anteil der Bür-

ger/innen reduzieren, die unterhalb der nationalen Armutsgrenze leben. Durch die Verortung von BIWAQ in Programmgebieten der Sozialen Stadt soll damit zugleich ein Beitrag zur integrierten Stadtentwicklung geleistet werden.

Nähere Informationen zu den Zielen und zur Durchführung des Programms unter:

http://www.biwaq.de/BIWAQ/DE/Programm/ESF2014_2020/node.html

Siehe dazu auch das Protokoll des Fachgesprächs beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) vom August 2014:

http://www.awo-informationsservice.org/uploads/media/BIWAQ_Fachgesprach_BMUB_05.08.2014_Anmerkungen.pdf

(6) Zahlenspiegel

6.1 Frühe Schulabgänger in Deutschland

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, September 2014

Der Anteil der so genannten frühen Schulabgänger – in der EU werden damit Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren bezeichnet, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung noch über eine Berufsausbildung verfügen und derzeit nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen – lag in Deutschland im Jahr 2012 bei 10,4%. Dem Statistischen Bundesamt (Destatis) zufolge liegt Deutschland damit nur knapp oberhalb des Zielwerts der Europäischen Union (EU): Bis 2020 soll der Anteil der frühen Schulabgänger in der EU auf unter 10% gesenkt werden. Die EU-Mitgliedstaaten kamen 2012 durchschnittlich auf 13,5%.

Zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es beachtliche Unterschiede: Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Sachsen und Thüringen erreichten mit unter 10% schon 2012 den angestrebten Zielwert. Davon waren Bremen, Berlin, das Saarland und Nordrhein-Westfalen mit Anteilen zwischen 12,8% und 13,3% noch weit entfernt.

Eine ausführliche Darstellung der entsprechenden Daten für die einzelnen Bundesländer enthält die im September 2014 veröffentlichte Publikation „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“, in der Indikatoren zu den Themen Bildungszugang, Bildungsbeteiligung, Bildungsverlauf und Bildungsausgaben sowie zum Bildungsstand der Erwachsenen dargestellt werden. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten damit eine Ergänzung zu der ebenfalls im September 2014 erschienenen OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“ an.

Die Publikation kann heruntergeladen werden unter:

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/09/PD14_326_217pdf.pdf?__blob=publicationFile

➤ Siehe dazu auch Kap. 1.2

6.2 Schulabgänger ohne Abschluss

Im dritten Jahr in Folge hat die Caritas deutschlandweit ausgewertet, wie viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen. Auf einer interaktiven Deutschlandkarte kann man nicht nur die Werte zu allen Regionen finden, diese können auch mit anderen Kreisen und den Vorjahren verglichen werden.

Nach wie vor zeigen sich zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern deutliche Unterschiede in der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss. So verlassen in Bayern 4,6% der Schüler die Schule ohne Abschluss, wohingegen es in Sachsen-Anhalt rund 11% sind. Insgesamt sind bundesweit die Quoten der Schulabgänger ohne Abschluss mit Ausnahme des Saarlands jedoch gesunken.

Auf Kreisebene ist die Entwicklung allerdings uneinheitlich: In 64% der Kreise sank die Quote, in 33% der Kreise stieg sie. Auf Kreisebene liegen die Quoten zwischen Ost- und Westdeutschland ebenfalls weit auseinander. So verlassen in Mainz nur 1,5% die Schule ohne Hauptschulabschluss, im Altmarkkreis Salzwedel dagegen 15,4%.

Die Quote der Schulabgänger, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, ist zwischen 2011 und 2012 von 6% auf 5,6% gesunken. Das sind insgesamt noch immer über 47.600 Jugendliche, die im Jahr 2012 die Schule ohne einen Abschluss verlassen haben.

Den größten Einfluss auf die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss hat nicht wie häufig vermutet die finanzielle Situation einer Kommune. Entscheidend sind vielmehr der Anteil der Förderschüler und die Arbeitslosenquote.

Die Ergebnisse der Studie zeigen: Wenn vor Ort Politik, Schulen, Arbeitsagenturen und Wirtschaft kooperieren, schaffen mehr Schüler einen Abschluss. Mit einem Mix aus Schulsozialarbeit, frühen Hilfen, Berufsorientierung, Elternarbeit und Angeboten für schulmüde Jugendliche können Kinder effizient bei der Erlangung eines Schulabschlusses unterstützt werden.

Die interaktive Deutschlandkarte mit Werten zu allen Regionen findet sich unter:

<http://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/kinderundjugendliche/bildungschancen/karte-bildungschancen>

6.3 Arbeitslosigkeit sinkt trotz steigender Beschäftigung nur wenig

Johann Fuchs u.a.: Arbeitsmarkt 2014/2015. Robust, aber risikobehaftet. IAB-Kurzbericht 18/2014
Einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge wird die Arbeitslosigkeit 2015 voraussichtlich bei 2,88 Millionen Personen liegen. Das wären dann gut 20.000 weniger als im Jahr 2014. Zugleich wird dem IAB zufolge die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 270.000 auf 42,89 Millionen steigen – ein neuer Rekord. Die IAB-Arbeitsmarktexperten betonen: „Der Arbeitsmarkt befindet sich somit in einer guten Grundverfassung. Selbst in Zeiten konjunktureller Flaute zeigt er sich robust, die Entlassungszahlen bleiben niedrig.“

Das IAB geht bei seiner Prognose von einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,5% im Jahr 2014 und 1,4% im Jahr 2015 aus. Allerdings sehen die Arbeitsmarktforscher einige Risiken: „Auch wenn Europa mittlerweile die Talsohle der Rezession durchschritten hat, bleibt die Schuldenkrise ein wichtiger Unsicherheitsfaktor. Der realwirtschaftliche Aufschwung steht noch nicht überall auf solidem Fundament. Risiken stellen auch die militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten und in der Ukraine sowie der Handelskonflikt mit Russland und ein möglicher Energiepreisanstieg dar.“

Ein großes Plus erwartet das IAB abermals bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. 2015 werden laut der Prognose 30,61 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein, 430.000 Personen mehr als 2014.

Trotz des demografischen Wandels erreicht auch das Erwerbspersonenpotenzial mit 45,87 Millionen einen neuen Höchststand. Die Zuwanderung ist hier ein entscheidender Faktor: Bis zum Jahresende 2014 kommen im Saldo 500.000 Zuwanderer nach Deutschland. 2015 rechnet das IAB mit einem Wanderungssaldo von 450.000 Personen. Die weiter steigenden Erwerbsquoten der Frauen und der Älteren tragen ebenfalls zum Wachstum des Erwerbspersonenpotenzials bei.

„Nach dem starken Abbau der Arbeitslosigkeit seit 2005 werden strukturelle Probleme auf deutlich niedrigerem Niveau wieder klarer sichtbar“, so die IAB-Forscher. Arbeitslose würden beispielsweise mit ihrer Qualifikation oft nicht zu den Bedarfen der Betriebe passen. „In Zukunft wird der Arbeitsmarkt immer stärker unter den Einfluss des demografischen Wandels geraten“, schreiben die Arbeitsmarktexperten. Umso mehr komme es darauf an, das Potenzial der Arbeitslosen als Chance zu nutzen.

Der gesamte Bericht kann heruntergeladen werden unter:

<http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb1814.pdf>

Ein Interview zu der IAB-Prognose mit dem Leiter des IAB-Forschungsbereichs „Prognosen und Strukturanalysen“, Enzo Weber, kann angehört werden unter:

<http://www.iab.de/de/informationsservice/presse/presse-audio.aspx>

6.4 Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit

Laut Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit vom Juli 2014 hat sich die Zahl der Personen, die länger als 12 Monate arbeitslos waren, im Vergleich zum Vorjahr um 16.000 oder 2% auf 1.064.000 erhöht. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen ist mit über einem Drittel erheblich, und auch dieser ist gestiegen: von 35,9% auf 37%. Etwas günstiger sieht es bei Arbeitslosen aus dem Rechtskreis Sozialgesetzbuch (SGB) III aus: Hier hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 2% abgenommen, bei ALG II-Bezieher/innen (Rechtskreis SGB II) stieg die Zahl hingegen um 2%.

Die meisten Langzeitarbeitslosen gibt es in Nordrhein-Westfalen. NRW ist das einzige Bundesland, in dem die Arbeitslosenzahlen (aller Arbeitslosen) in 2014 entgegen dem Bundestrend nicht gesunken, sondern gestiegen sind. Das liegt vor allem daran, dass es hier zu wenig gelingt, ALG II-Bezieher/innen und somit Langzeitarbeitslose in Arbeit zu integrieren. Ein Unterschied zu allen anderen Regionen besteht darin, dass NRW eine deutliche Ausprägung bei den Risikogruppen hat.

Das größte Risiko, arbeitslos zu werden, tragen junge Menschen unter 25 Jahren und Menschen ohne Berufsabschluss. Einige haben den Übergang an der ersten Schwelle nicht erfolgreich bewältigt, viele werden auch aus einer Beschäftigung heraus arbeitslos, zum Beispiel nach der Ausbildung oder aber nach einem befristeten Arbeitsvertrag. Obwohl die Quote der Arbeitslosen unter 25 in Deutschland mit 8,2% als moderat gilt, liegt sie doch anderthalbmal so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote. Eine aktuelle IAB-Studie zeigt, dass Jugendarbeitslosigkeit das Arbeitsmarktrisiko deutlich erhöht. Wer zu Beginn des Erwerbslebens lange arbeitslos war, ist auch später länger und vor allem häufiger arbeitslos (vgl. dazu auch Kap. 3.5). Die frühe Erfahrung von Arbeitslosigkeit hat erhebliche Auswirkungen für die Betroffenen: Finanzen, die physische und psychische Gesundheit und die Möglichkeiten sozialer Teilhabe sind massiv eingeschränkt.

Obwohl der Problemdruck steigt, wurden die Hilfen für Langzeitarbeitslose massiv eingeschränkt. Die Mittel des Bundes für öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse sind seit 2010 um mehr als die Hälfte abgebaut worden. Dieser Abbau setzte sich auch nach dem Regierungswechsel fort. Viele Angebote, die Brücken in den Arbeitsmarkt bauten oder durch eine soziale Beschäftigung Einkommen, Teilhabe und Tagesstruktur sicherten, wurden in den letzten Jahren eingestellt. Auch nachweislich wirkungsvolle Angebote wurden drastisch zusammengekürzt oder sogar ersatzlos gestrichen. Infolgedessen setzte ein massives Trägersterben ein. Viele Einrichtungen, die Langzeitarbeitslose gefördert hatten, mussten schließen. Jetzt fehlen die Angebote.

Angesichts der hohen Zahlen von Langzeitarbeitslosen kritisieren nun auch Politiker wie der nordrheinwestfälische Arbeitsminister Guntram Schneider die Einsparprogramme zu Lasten der Langzeitarbeitslosen als arbeitsmarktpolitisch frevelhaft. NRW hatte bereits 2013 ein Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ aufgelegt. Auch das Bundesarbeitsministerium plant zum Herbst 2014 ein neues Programm für Langzeitarbeitslose mit 30.000 Plätzen.

Quelle:

Good Practice Center, Newsletter QualiboxX, 4. September 2014

http://www.good-practice.de/5764.htm#area_01

6.5 Bildungsstand der Personen mit Migrationshintergrund steigt

Junge Menschen mit Migrationshintergrund erreichen tendenziell einen höheren Bildungsabschluss als ältere Altersgruppen, so der Fünfte Nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2014“. Demnach haben 37% der 30- bis 34-Jährigen mit Migrationshintergrund die Hochschulreife erworben, während der Anteil bei den 60- bis 64-Jährigen bei nur 24% liegt (Stand 2012).

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Bildungsabschluss ist bei den 30- bis 34-Jährigen mit 35% zwar ebenfalls niedriger als bei den älteren Personen, er ist aber immer noch mehr als drei Mal so hoch wie der entsprechende Anteil der gleichaltrigen Personen ohne Migrationshintergrund (11%).

Unter den Personen mit Migrationshintergrund gibt es erhebliche Unterschiede nach den Herkunftsregionen. Mehr als jede zweite Person mit türkischem Migrationshintergrund (53%) hat in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen keinen beruflichen Bildungsabschluss, während der Anteil unter den Personen mit Migrationshintergrund aus europäischen Staaten deutlich geringer ist. Im Vergleich zeigt sich jedoch, dass insbesondere die jüngeren türkischstämmigen Personen mit Migrationshintergrund einen sehr viel höheren Bildungsstand aufweisen als die älteren.

Auch der Bildungsstand der Gesamtbevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht. So ist der Anteil der Personen mit Hochschulreife bei den 30- bis 34-Jährigen mit 43% etwa doppelt so hoch wie bei den 60- bis 64-Jährigen (22%). Der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss ist bei der jüngeren Altersgruppe ebenfalls deutlich

höher (+7 Prozentpunkte). Dieser Zuwachs ist zu einem großen Teil auf die höheren Bildungsabschlüsse von Frauen zurückzuführen. Der Anteil der 30- bis 34-jährigen Frauen mit Hochschulabschluss (24%) ist mehr als doppelt so hoch wie der entsprechende Anteil bei den 60- bis 64-Jährigen (11%).

Die genannten Verbesserungen sind auf eine erhöhte Bildungsbeteiligung und die vermehrte Zuwanderung von Hochqualifizierten zurückzuführen.

Quelle:

<http://bildungsklick.de/pm/91604/bildungsstand-der-personen-mit-migrationshintergrund-steigt/>

➤ Siehe dazu auch Kap. 1.3 bzw. www.bildungsbericht.de

6.6 Bildung, Forschung und Entwicklung – Zahlen und Fakten

Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt auf ihrer Homepage sehr übersichtlich Zahlen und Fakten zum Bildungsbereich in Deutschland bereit. Aktuelle Daten finden sich dort zu folgenden Themenbereichen:

- Bildungsstand der Bevölkerung
- Schulbesuch nach höchstem allgemeinem Schulabschluss der Eltern
- Bevölkerung ohne Schul- bzw. Berufsabschluss
- Ausbildungsmarkt
- PISA – Kennwerte zum Kompetenzstand der 15-Jährigen
- PIAAC – Lesekompetenz und alltagsmathematische Kompetenz
- Studierende
- BAföG - Geförderte
- Volkshochschulen (VHS)
- Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- Bildungsausgaben

Die Daten können heruntergeladen werden unter:

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61652/bildung-forschung-und-entwicklung>

6.7 Arbeitsmarktchancen von Geringqualifizierten – Kaum eine Region bietet genügend einfache Jobs

IAB-Kurzbericht 11/2014

Aktuelle Analysen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass kaum eine Region genügend einfache Jobs bietet, auch wenn die Beschäftigungsperspektiven von Geringqualifizierten regional sehr unterschiedlich sind. Dennoch kann regionale Mobilität von Arbeitslosen angesichts des deutlichen Angebotsüberhangs im Helferbereich insgesamt nur wenig zum Arbeitsmarktausgleich beitragen. Niedrig Qualifizierte sind besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen, weil Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen über lange Zeit abgebaut wurden.

45% der Arbeitslosen in Deutschland sind lediglich für Helfer- und Anlern Tätigkeiten ausreichend qualifiziert. Diesem Niveau entsprechen aber nur 14% der Arbeitsplätze. Besonders häufig suchen arbeitslose Frauen und arbeitslose Ausländer nach einfachen Tätigkeiten.

Wie der IAB-Kurzbericht zeigt, reicht die Qualifikation vieler Arbeitsloser nicht aus, um den steigenden Anforderungen der Betriebe gerecht zu werden.

Der Bericht kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k140606j01>

(7)**Aktuelle Stellungnahmen aus Politik und Verbänden****7.1 Exklusion ist an der Tagesordnung (GEW)**

Stellungnahme der GEW zum Fünften Nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2014“

In ihrer Stellungnahme zum Fünften Nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2014“ stellt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fest, der Bericht zeige, dass Menschen aus armutsgefährdeten und bildungsfernen Elternhäusern und mit Migrationshintergrund weiterhin viel zu häufig vom Zugang zu Bildung ausgeschlossen werden. Menschen mit Behinderung haben oft nur geringe Chancen auf einen regulären Schulabschluss und eine anerkannte berufliche Ausbildung.

„Von inklusiver Bildung sind wir weit entfernt – Exklusion ist nach wie vor in allen Bereichen des Bildungssystems an der Tagesordnung. Wir grenzen aus und stufen ab“, so die Vorsitzende der GEW, Marlis Tepe. So landet jeder zweite Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergangssystem ohne klare Aussicht auf einen Berufsabschluss. Und jeder zehnte Gymnasiast bzw. jede zehnte Gymnasiastin wird abgeschult.

Tepe begrüßte die Empfehlung des Bildungsberichts, das pädagogische Fachpersonal besser für inklusive Bildung zu qualifizieren. „Der Hinweis an die Politik ist deutlich: Es muss besonderes Augenmerk auf Ausbildung und Finanzierung des Personals gelegt werden. Die GEW fordert eine planvolle Gestaltung des Umbaus zur inklusiven Schule. Dazu gehören Qualifizierung der Lehrkräfte, Ausstattung mit multiprofessionellen Teams und angemessene Klassengrößen.“ Die GEW teile die Forderung der Autorengruppe Bildungsberichterstattung, strukturelle Blockaden bei der Inklusion zu überwinden: „Die zahlreichen Brüche zwischen Bildungs- und Sozialwesen sind ein Problem. Die GEW spricht sich für die ‚große Lösung‘ aus, die alle Leistungen unter einem Dach vereint und das Zusammenspiel der Sozialsysteme mit den Bildungseinrichtungen erleichtert.“

Die GEW-Vorsitzende begrüßte auch weitere zentrale Empfehlungen des Bildungsberichts wie z.B., dass die Qualität der frühkindlichen Bildung künftig in den Vordergrund der politischen Anstrengungen gerückt werden soll. „Das ist ein klarer Auftrag an die Politik: Wir brauchen dringend ein bundesweites Kitaqualitätsgesetz. Unsere Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch“. Ähnliches gelte für die Entwicklung pädagogischer Konzepte für Ganztagschulen. „Mit dem Bau von Mensen oder schlichter Betreuung am Nachmittag ist es nicht getan. Die GEW hat sich von vornherein für integrierte pädagogische Konzepte, einen veränderten Lernrhythmus und multiprofessionelle Teams ausgesprochen. Der Bund könnte dazu mit einem weiteren Programm zur Förderung der Schulsozialarbeit einen Beitrag leisten.“

Auch der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung bleibt nach Ansicht der GEW eine Baustelle. „Das Versprechen der Bundesregierung, eine Ausbildungsgarantie einzuführen, muss unverzüglich umgesetzt werden. Es ist dramatisch, dass immer noch über 250.000 Jugendliche nach dem Schulabschluss in das Übergangssystem rutschen. Besonders betroffen sind auch hier die ausländischen Jugendlichen. Selbst bei gleichem Schulabschluss sind deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz viel geringer. Das ist ein Skandal.“

Die Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter:

http://www.gew.de/GEW_Exklusion_ist_an_der_Tagesordnung.html

7.2 Jungen Flüchtlingen Bildung und Ausbildung sichern! (Kooperationsverbund)

Forderungen der Jugendsozialarbeit zur Verbesserung der Situation junger Menschen ohne langfristig gesicherten Aufenthalt in Deutschland – Positionspapier Juni 2014

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit tritt dafür ein, dass eine erfolgreiche Bildung und Ausbildung junger Menschen in Deutschland nicht an aufenthalts- und sozial-

rechtlichen Hürden scheitern darf. Deshalb verlangt er, dass Jugendsozialarbeit auch junge Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus erreichen und gezielt fördern können muss, damit deren Chancen auf einen Schul- und Berufsabschluss gesteigert und möglichst gesichert werden. Im vorliegenden Positionspapier werden Vorschläge für notwendige Änderungen sowohl bei den Rahmenbedingungen als auch für die konzeptionellen Zugänge gemacht, die dazu beitragen sollen, junge Flüchtlinge konsequenter zu fördern.

Das Positionspapier kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_Positionspapier_Junge_Fluechtlinge_Juni_14.pdf

7.3 Kein „Weiter so“ auf dem Ausbildungsmarkt (Kooperationsverbund)

Kein „Weiter so“ auf dem Ausbildungsmarkt: neue Wege sind nötig, um Ausbildung für alle jungen Menschen zu ermöglichen. Stellungnahme des Kooperationsverbunds zum Berufsbildungsbericht 2014. Mai 2014

In seiner Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht 2014 fordert der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit umfassende Verbesserungen auf dem Ausbildungsmarkt und verlangt eine möglichst rasche und verbindliche Umsetzung der bereits im Koalitionsvertrag angekündigten „Ausbildungsgarantie“.

Mit seiner Stellungnahme will der Kooperationsverbund dazu beizutragen, allen Jugendlichen eine Ausbildung und den erfolgreichen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu ermöglichen. Er fordert eine Schwerpunktsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung auf die Weiterentwicklung von Angeboten, die sich auf die Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen beziehen.

Dazu macht er in vier Punkten Vorschläge dafür, wie Jugendliche einen besseren Zugang zu einer Berufsausbildung bekommen und bei Bedarf darin unterstützt und begleitet werden können, damit es ihnen besser gelingt, die Anforderungen dieser Berufsausbildung zu bewältigen. Diese vier Punkte sind: (1) Ausbildungsgarantie für alle junge Menschen; (2) Assistierte Ausbildung ausweiten und als Regelangebot etablieren; (3) Das Ausbildungsengagement der Betriebe verstärken; (4) Förderangebote der Rechtskreise kombinieren und gemeinsame Anlaufstellen schaffen – damit der Übergang in Ausbildung gelingt.

Um gleichberechtigte Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe für alle (jungen) Menschen zu gewährleisten, hält der Kooperationsverbund die Ausweitung von Unterstützungsangeboten für Jugendliche, die von den Regularien der Grundsicherungsträger und der Arbeitsförderung nicht (mehr) erreicht werden, für erforderlich. Diese Angebote müssen individuell zugeschnitten werden und mit erhöhter sozialpädagogischer Begleitung rechtskreisübergreifend zur Verfügung stehen und dabei verstärkt aufsuchende und nachgehende Arbeitsmethoden realisieren.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit setzt sich daher für die verlässliche Absicherung von kommunalen Förderansätzen der Jugendhilfe und die rechtskreisübergreifende Gestaltung und Finanzierung von passgenauen – auch aufsuchenden – Förderangeboten für integrationsgefährdete junge Menschen unter Einbeziehung der freien Förderung nach dem SGB II und aktivierender Maßnahmen aus dem SGB III ein.

Die Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_Stellungnahme_Berufsbildungsbericht_2014.pdf

7.4 Bund und Länder haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht (GEW)

Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2014“

Die GEW stellt mit Blick auf den OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2014“ fest: „Es bleibt dabei: Bund und Länder haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Die Achillesferse des deutschen Bildungswesens: Es ist schlecht finanziert und sozial selektiv. Die Bundesrepublik muss endlich mehr Geld ins Bildungswesen investieren. Seit Jahren mahnen die OECD, aber auch viele Bildungsstudien und -Experten einen deutlichen Zuwachs der Ausgaben an. Die nach langem Gezerre endlich für die gesamte Legislaturperiode beschlossenen sechs Milliarden Euro sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Noch immer investiert Deutschland ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts weniger in Bildung

als im OECD-Durchschnitt", so der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller. Es sei eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen notwendig, um die Herausforderungen für den Bildungsbereich zu stemmen. Dafür müsse das Kooperationsverbot fallen – und zwar komplett und sofort. Eine nachhaltige Bildungsfinanzierung müsse bei der anstehenden Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen oberste Priorität haben.

Siehe zur Einschätzung der bildungspolitischen Bilanz der Großen Koalition auch: GroKo-Deal. Bildungspolitische Bilanz. Heft 9/2014 der Zeitschrift Erziehung & Wissenschaft.

Herunterzuladen unter:

http://www.gew.de/Binaries/Binary114727/EW_09_2014_web.pdf

7.5 Investitionsstau in der vermeintlichen Bildungsrepublik (DGB)

In seiner Stellungnahme zum OECD-Bildungsbericht stellt der DGB fest: „Der OECD-Bericht zeigt: Die Dauerbaustellen der Bildungspolitik bleiben bestehen. Die soziale Auslese verfestigt sich. Mittlerweile hat fast jeder vierte junge Mensch im Alter von 25 bis 34 Jahren einen niedrigeren Bildungsabschluss als seine Eltern. Nur 5,1% seiner Wirtschaftsleistung investiert Deutschland in Kitas, Schulen, Hochschulen oder Weiterbildung. Der OECD-Schnitt liegt bei 6,1%. Wir haben einen Investitionsstau in der vermeintlichen Bildungsrepublik. Bund, Länder und Kommunen müssen mehr für die Qualität der frühkindlichen Bildung, Inklusion in der Schule, die soziale Öffnung der Hochschulen und ein staatliches Weiterbildungssystem leisten. Ohne frisches Geld werden diese Reformen nicht gelingen.“

Die gesamte Stellungnahme kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.dgb.de/presse/++co++0825fd2c-3808-11e4-a680-52540023ef1a?k:list=Bildung>

7.6 Ausweitung der Assistierte Ausbildung (Kooperationsverbund)

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert unter Verweis auf den Koalitionsvertrag eine zügige und flächendeckende Einführung der Assistierte Ausbildung. Dort hatten die Regierungsfractionen angekündigt, die Chancen der assistierten Ausbildung zu nutzen und die duale Ausbildung zu stärken.

In einem Positionspapier beschreibt der Kooperationsverbund die Vorteile und Qualitätsmerkmale dieses Ausbildungsmodells. Jugendliche und Betriebe könnten damit vor und während eines regulären Ausbildungsverhältnisses gleichermaßen gefördert werden, ohne einen ausgrenzenden Sonderweg zu beschreiten. Durch die kontinuierliche Begleitung gelinge es, mehr Jugendliche zu einem anerkannten Berufsabschluss zu führen und vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher zu unterstützen.

Der Kooperationsverbund fordert eine möglichst rasche bundesweite Umsetzung. Dazu sind aus seiner Sicht vor allem eine verlässliche, rechtskreisübergreifende Finanzierung und die Absicherung stabiler Arbeitsbedingungen für die Fachkräfte nötig. Träger der Jugendsozialarbeit als anerkannte Träger der Jugendhilfe brächten aufgrund ihrer Zugangsmöglichkeiten zur Zielgruppe und ihrer Erfahrungen bei der individuellen, an den Lebenswelten der Jugendlichen orientierten Förderung besondere Expertise zur Umsetzung der Assistierte Ausbildung ein.

Mehr unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_PP_Assistierte_Ausbildung.pdf

7.7 „Das Kooperationsverbot sollte vollständig fallen“ (Stiftungen)

Der Bildungsföderalismus steckt in der Krise. Er muss deshalb in seiner gesamten Architektur weiterentwickelt werden, fordern die Bertelsmann Stiftung, die Deutsche Telekom Stiftung und die Robert Bosch Stiftung in einem gemeinsamen Positionspapier „Bildungsföderalismus mit Zukunft“. Bislang fehle es an guten Konzepten, klarer Verantwortung und Geld an der richtigen Stelle. Die großen Bildungsfragen sollten künftig – auch über einen Nationalen Bildungsrat – jenseits reiner Parteipolitik bearbeitet werden, so der Kern

der Empfehlungen, die die drei Stiftungen nach intensivem Austausch mit führenden Bildungswissenschaftlern jetzt veröffentlicht haben.

Trotz Fortschritten auf dem Weg zu einem leistungsstarken und chancengerechten Bildungssystem seit dem PISA-Schock 2001 stehe Deutschland derzeit vor enormen bildungspolitischen Herausforderungen, insbesondere dem qualitativ hochwertigen Ausbau des Kita-Systems und der Ganztagschulen, der Verankerung von individueller Förderung und Inklusion als zentralen pädagogischen Prinzipien in Schule und Lehrerbildung und der Überwindung der in Deutschland weiterhin starken Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Die Bewältigung dieser Aufgaben benötige ein konsequentes und koordiniertes Handeln von Bund, Ländern und Kommunen. „Der Bildungsföderalismus leidet unter systemischen Blockaden, die die Politik alleine nicht zu lösen imstande ist“, heißt es in dem Positionspapier. Trotz der vermeintlich günstigen Rahmenbedingung einer Großen Koalition auf Bundesebene herrsche seit der Bundestagswahl konzeptionell bildungspolitischer Stillstand.

Ganzheitliche Bildung bleibe aufgrund von fehlenden Konzepten, finanzieller Überforderung und unklaren Zuständigkeiten auf der Strecke. Während die Verantwortung für den betrieblichen Teil der Berufsausbildung beim Bund liegt, sind für die Bereiche Kita, Schule, Berufsschule und Hochschule die Länder zuständig. In den Schulen kümmern sich die Kommunen um Gebäude, Hausmeister und Sekretariate, die Länder sind für Lehrer und Lehrpläne verantwortlich – und der Bund subventioniert über Umwege den Ausbau der Ganztagschulen, die Kantinen und die Nachhilfe.

Die drei Stiftungen zeigen der Politik in ihrem Papier Wege auf, wie – unabhängig von deutschlandweit variierenden Rahmenbedingungen – länderübergreifende Bildungsziele bestimmt und das bestehende konzeptionelle Vakuum zu großen bildungspolitischen Herausforderungen wie der Inklusion oder dem Ganztagsausbau gefüllt werden kann. Dazu müssten Bildungsreformen systematischer evaluiert, Forschungsdaten leichter zugänglich gemacht und auch aufwendigere Studien gefördert werden. Um die finanzielle Überforderung von Ländern und Kommunen zu überwinden, sei die kürzlich vereinbarte Lockerung des Kooperationsverbots für Einzelfälle im Hochschulbereich und die vollständige BAföG-Finanzierung durch den Bund bei weitem nicht ausreichend. Stattdessen fordern die Stiftungen: „Das Kooperationsverbot sollte vollständig fallen oder alternativ die Umsatzsteuer nach Grundgesetz-Artikel 106 umverteilt werden.“

Als wichtiger Katalysator zur Lösung der bildungspolitischen Herausforderungen schlagen die Stiftungen vor, einen Nationalen Bildungsrat nach Vorbild des renommierten Wissenschaftsrats einzurichten. Ein solches unabhängiges Gremium aus Wissenschaft, Politik und Praxis würde nicht nur bei der Definition von einheitlichen, länderübergreifenden Zielen unterstützen und entsprechende Lösungskonzepte entwickeln, wie solche Ziele zu erreichen sind, sondern auch einen Ort des kontinuierlichen Diskurses zwischen allen Beteiligten schaffen.

Das Positionspapier kann heruntergeladen werden unter:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_122221.htm

7.8 „Beim Kooperationsverbot weiter Druck machen!“ (GEW)

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert die Länder auf, beim Kooperationsverbot in der Bildung weiter Druck zu machen. Sie verlangt, dass das Kooperationsverbot komplett gekippt werde. Der GEW zufolge verlangen die Länder zu Recht neue Formen der Zusammenarbeit in der Bildungspolitik und ein stärkeres Engagement des Bundes in der Bildungsfinanzierung. Das gehe aber nur, wenn das Kooperationsverbot ganz aus dem Grundgesetz verschwindet.

Die GEW kritisiert, dass die Länder sich vorerst mit einem Kompromiss begnügen wollen: Noch 2012 habe der Bundesrat erklärt, eine Einschränkung auf den Hochschulbereich erscheine nicht problemadäquat. „Wenn die Länder jetzt einknicken, ist das Thema Bildungsk Kooperation wieder für Jahre vom Tisch.“

Sollten die Länder hoffen, der Bund werde ihnen unterhalb einer Grundgesetzänderung entgegen kommen, könnten sie eine bittere Enttäuschung erleben. „Der Bund hat zuletzt alle Forderungen der Länder nach mehr Engagement beim Ausbau der Ganztagschulen, der Förderung der Schulsozialarbeit und der Unterstützung für inklusive Bildungsangebo-

te zurückgewiesen. Im Koalitionsvertrag herrscht dazu Fehlanzeige“, so Tepe. Die Länder müssten deutlich Position beziehen, wenn sie Geld vom Bund wollen. „Bildung bleibt eine Aufgabe in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Weder Bund noch Länder oder die Kommunen können sich aus der Wahrnehmung dieser Verantwortung stellen – und das erfordert Kompromissbereitschaft, auf allen Ebenen.“

Quelle:

http://www.gew.de/GEW_Beim_Kooperationsverbot_weiter_Druck_machen.html

7.9 Stellungnahme der AGJ zu Jugendberufsagenturen (AGJ)

Anlässlich eines Fachgesprächs der Bundesagentur für Arbeit „Hand in Hand oder unter einem Dach?“ nahm die Vorsitzende der AGJ, Prof. Dr. Karin Böllert, Stellung aus Sicht der Jugendhilfe zum Ausbau von Jugendberufsagenturen. Darin weist sie auf grundlegende Fragen hin, die für eine erfolgreiche Arbeit zu beantworten sind und greift Herausforderungen auf, die sich in der bisherigen Praxis der Agenturen gezeigt haben.

So wird z.B. angemerkt, dass die Jugendberufsagenturen bislang einen städtischen Bias haben. Gemeinsame Angebote unter einem Dach scheitern in ländlichen Regionen schon an der Flächenstruktur von Angebotsmöglichkeiten und damit an Mobilitätsvoraussetzungen, die in dünn besiedelten Regionen gerade von benachteiligten jungen Menschen nicht zu erfüllen sind. Dies verweist darauf, dass „unter einem Dach“ als Losung nicht zum Ausschlusskriterium insofern werden darf, als „Hand in Hand“ auch unter mehreren Dächern gearbeitet werden kann. Jugendberufsagenturen spiegeln von daher auch immer die jeweiligen regionalen und lokalen Bedingungen wieder und müssen in ihrer Struktur entsprechend offen gehalten, können also nicht bundeseinheitlich geregelt werden.

Jugendhilfe als starker Partner an der Seite starker Partner setze die Verlässlichkeit des eigenen Angebotes, die gegenseitig wertschätzende Anerkennung der Leistungen der Kooperationspartner und verbindliche Vereinbarungen und Verantwortlichkeiten der Zusammenarbeit voraus. Zu klären sei insbesondere die Frage, für wen Jugendberufsagenturen eigentlich da sind bzw. welche jungen Menschen erreicht werden sollen.

Die Stellungnahme kann heruntergeladen werden:

http://www.agj.de/Artikel.76.0.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=2151&cHash=51cfef1b462fd645f84b64d62ae2d94f

7.10 Eckpunktepapier zu Jugendberufsagenturen (Kooperationsverbund)

Gestaltung von „Jugendberufsagenturen“ – Impulse und Hinweise aus der Jugendsozialarbeit. Eckpunktepapier Juni 2014

Mit diesem Papier möchte der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit die Diskussion um Rahmenbedingungen für eine verbesserte Zusammenarbeit im Kontext von „Jugendberufsagenturen“ anregen.

Leitidee des Eckpunktepapiers ist, dass die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Arbeitsförderung, Grundsicherung für Arbeitsuchende und Jugendhilfe Jugendliche darin unterstützen soll, ihren Weg ins Berufsleben und Erwachsensein erfolgreich zu beschreiten. Die Integration junger Menschen in Ausbildung und Beruf dürfe dabei nicht alleiniges Ziel sein. Es müsse auch darum gehen, dass möglichst alle Jugendlichen gut in ein selbstständiges Erwachsenenleben eintreten und z.B. in gesicherten Wohnverhältnissen leben können. Im Kern geht es dem Kooperationsverbund zufolge um die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung sowie um die soziale und die berufliche Integration junger Menschen.

In sechs Punkten werden konkrete Vorschläge für eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Akteure entwickelt und Handlungsempfehlungen für die beteiligten Akteure unterbreitet.

Das Eckpunktepapier kann heruntergeladen werden unter:

http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/KV_Eckpunktepapier_Jugendberufsagenturen_Juni_2014.docx.pdf

(8)**Besondere Literaturempfehlungen****8.1 Literaturdatenbank des IAB**

Die Literaturdatenbank des IAB ist ab sofort im sozialwissenschaftlichen Fachportal *sowiport* kostenlos zugänglich. Sie umfasst rund 140.000 Nachweise arbeitsmarktrelevanter Literatur, vielfach mit Abstract und Link zum Volltext. Es handelt sich dabei nicht nur um IAB-Publikationen, sondern um eine seit Gründung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aufgebaute und kontinuierlich gepflegte Literaturdatenbank. Rund 400 Zeitschriften aus dem In- und Ausland und der deutschsprachige Buchmarkt werden hinsichtlich arbeitsmarktbezogener wissenschaftlicher Literatur ausgewertet. Zudem werden die Internet-Seiten weiterer Forschungsinstitute und arbeitsmarktpolitisch relevanter Institutionen und Verbände beobachtet und deren thematisch relevante Veröffentlichungen in der Datenbank nachgewiesen.

Der Zugang erfolgt über das Fachportal *sowiport* unter:
<http://sowiport.gesis.org/Search/Advanced>

8.2 Jugendberufsagenturen – Dokumentation einer Fachtagung

Der Paritätische (Hg.): Dokumentation der Fachtagung „Kein Jugendlicher darf zurück gelassen werden! Des Rätsels Lösung: Jugendberufsagenturen? Jugendberatungs- und Integrationsangebote – gemeinsam, aber richtig.“ Berlin, April 2014, 64 Seiten

Die vorliegende Dokumentation fasst die wichtigsten Erkenntnisse aus den Vorträgen und den Diskussionen auf einer Fachtagung zum Thema „Jugendberufsagenturen“ zusammen, die der Paritätische Gesamtverband und die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit im Rahmen des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit im April 2014 durchgeführt haben. Themen der Dokumentation sind u.a.: Gelingensbedingungen der Jugendberufsagenturen und Hinweise für die Jugendhilfe; Anforderungen an die zukünftige Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen, Jobcentern und Jugendhilfeträgern; Anliegen und Umsetzungsaktivitäten der Bundesagentur für Arbeit zum Aufbau von Jugendberufsagenturen. Außerdem enthält die Dokumentation zentrale Inhalte und Erkenntnisse aus Praxisbeispielen.

Die Dokumentation kann heruntergeladen werden unter:
<http://www.jugendsozialarbeit-paritaet.de/xd/public/media/download.cGIkPTE3MDEmaWQ9MjA2Mg.html>

8.3 Schulabsentismus

Heinrich Ricking: Schulabsentismus. Cornelsen Verlag, Berlin 2014, 152 S.

Laut Statistik besuchen mehrere 100.000 Schüler aller Schulformen und Jahrgänge in Deutschland nicht mehr regelmäßig den Unterricht, dazu kommen die „Totalaussteiger“. Heinrich Ricking, Dozent für Pädagogik und Didaktik bei Lern- und Verhaltensstörungen an der Uni Oldenburg, wirft in seinem neu erschienenen Buch *Schulabsentismus* einen umfassenden Blick auf das Phänomen und präsentiert den ersten Ratgeber zur Prävention und Intervention für die Schulpraxis. Denn der größte Fehler, so der Autor, ist die Gleichgültigkeit gegenüber den Kindern und Jugendlichen.

Ricking macht die Leser zunächst mit verschiedenen Ausprägungen von Schulabsentismus vertraut. Einige Verhaltensmuster und Umweltbedingungen stehen häufig damit in Verbindung, neben dem Elternhaus sind auch die Schule und der Unterricht selbst Risikofaktoren. Der Autor plädiert dafür, diese Risiken im Blick zu haben und präventive Maßnahmen den rechtlichen Optionen vorzuziehen.

Hierbei spielt, so der Autor, das Problembewusstsein der Schulleitung eine entscheidende Rolle. Prävention ist innerhalb und außerhalb des Unterrichts, auf der organisatorischen

und auf der pädagogischen Ebene möglich. Eine Stärkung des Klassenlehrerprinzips beispielsweise kann Beziehungen vertiefen. Gezielte Angebote bei Lernstörungen und Strategien zur Stressbewältigung helfen gefährdeten Schülern. Kooperative Lernformen wie die so genannten „Schülerfirmen“ setzen Entwicklungsprozesse in Gang. Lehrkräfte haben außerdem die Möglichkeit, positives Verhalten zu bestärken und Teufelskreise zu durchbrechen, in die sie selbst mit eingebunden sind. Für Interventionen sollte ein schulweites Konzept erarbeitet werden, wobei die genaue Betrachtung jedes einzelnen Falles unerlässlich bleibt. Neben Präventions- und Interventionsprogrammen beschreibt Ricking auch Kooperationsmöglichkeiten oder den Einsatz von Mediation und Schulsozialarbeit.

- Ein wichtiges Buch für alle, die mit Schulverweigerern arbeiten und nicht nur verstehen wollen, was zum Schulabsentismus führt, sondern auch ihre praktische Arbeit verbessern wollen.

8.4 Inklusive Jugendberufshilfe – Ein Beitrag zur Qualitätsentwicklung in der Jugendsozialarbeit

Rüdiger Preißer: Inklusive Jugendberufshilfe – Ein Beitrag zur Qualitätsentwicklung in der Jugendsozialarbeit. Hrsg. DRK e.V., Berlin, April 2014, 57 Seiten

Die vorliegende Expertise entwickelt ausgehend vom aktuellen wissenschaftlichen Stand inklusive Handlungsleitlinien für die konkrete Arbeit im Feld der Jugendberufshilfe. Darüber hinaus will sie die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung beleben und zu einer Entwicklung inklusiver Strukturen für die Unterstützung junger Menschen im Übergang Schule – Beruf beitragen.

Da sich Jugendberufshilfe als ein Angebot der Jugendsozialarbeit grundsätzlich an eine sehr heterogene Zielgruppe richtet und einer Ausgrenzung bei Ausbildung und Beschäftigung entgegenwirken soll, müsste sie notwendigerweise auf die Anerkennung der individuellen Besonderheit eines jeden jungen Menschen ausgerichtet und somit den Maßstäben eines weiten Inklusionsbegriffs verpflichtet sein. Bedingt durch die gesetzliche Förderlogik, insbesondere im SGB III, richten sich die arbeitsmarktorientierten Angebote der Jugendberufshilfe jedoch entweder an junge Menschen ohne Behinderung oder an junge Menschen mit Behinderung. Diese spezialisierten Maßnahmeformen verhindern aber eine Pädagogik für Alle, wie sie bereits mit der Salamanca-Erklärung der UNESCO 1994 für den Bereich der schulischen Bildung gefordert wurde.

Die vorliegende Expertise nimmt diese Problematik auf und betrachtet insofern inklusive Jugendberufshilfe mit einem besonderen Fokus auf die Inklusion von jungen Menschen mit und ohne Behinderung am Übergang von der Schule in den Beruf.

Anspruch der Expertise ist es, Verantwortlichen und Fachkräften sowohl im theoretischen Diskurs als auch in der Frage der praktischen Umsetzung wesentliche Impulse für eine gelungene Praxis einer inklusiven Jugendberufshilfe zu bieten.

Die Expertise kann heruntergeladen werden unter:

http://drk-kinder-jugend-familienhilfe.de/uploads/tx_ffpublication/inklusive-jugendberufshilfe-web.pdf

- Die Expertise ist wichtig für alle, die sich – theoretisch und praktisch – verstärkt dem Thema Inklusion in der Jugendberufshilfe widmen möchten.

8.5 Kompetenzmanagement in der Arbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit (Hg.): Kompetenzmanagement – Herausforderung und Chance in der Arbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Berlin Dezember 2013, 64 Seiten

Die vorliegende Publikation dokumentiert eine Fachveranstaltung vom 24. Oktober 2013, die die AWO in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) und dem Internationalen Bund (IB) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt hat. Der Dokumentation zufolge wurden hier erstmals Qualitätsstandards für Kompetenzfeststellungsverfahren entwickelt, die eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung und weitere Implementierung in die Praxis darstellen sollen. Auf dieser Grundlage sollte die trägerübergreifende

Fachtagung einen Beitrag für die Umsetzung des Kompetenzmanagements für Jugendliche mit Migrationshintergrund leisten. Die Dokumentation sieht im Aufbau eines Kompetenzmanagements eine Kernaufgabe der Jugendmigrationsdienste und der Jugendsozialarbeit. Dazu enthält sie u.a. Beiträge zu den konzeptionellen Grundlagen des Kompetenzmanagements, zu Qualitätsstandards und zum Anforderungsprofil für Beratungsfachkräfte. Außerdem werden Schlussfolgerungen für die Praxisentwicklung und zum Qualifizierungsbedarf formuliert.

Die Dokumentation kann heruntergeladen werden unter:

http://www.awo-informationsservice.org/uploads/media/Doku_FT_Kompetenzmanagement_24102013.pdf

- Siehe auch das zum zehnjährigen Jubiläum der Jugendmigrationsdienste erschienene Fachkonzept der BAG EJSA unter: <http://www.bagejsa.de/publikationen-und-downloads/publikationen/>

8.6 Analphabetismus und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Dietmar Heisler/Gerd Mannhaupt (Hg.): Analphabetismus und Alphabetisierung in der Arbeitswelt. Befunde und aktuelle Entwicklungen. Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2014, 191 Seiten

Dieses Buch befasst sich mit den Schwierigkeiten und Herausforderungen, mit denen funktionale Analphabeten bei der Bewältigung ihres täglichen Lebens konfrontiert sind und zeigt, welche Strategien sie für deren Bewältigung entwickelt haben. Außerdem wird gezeigt, dass Analphabetismus vor allem ein Problem der Arbeitswelt ist, ohne dass ihm von den Unternehmen die nötige Beachtung geschenkt würde, da bildungs- und sozialpolitisch anscheinend ein höheres Literalitätsniveau postuliert wird als in der Alltags- und Arbeitswelt gefordert.

Für die Jugendsozialarbeit sind vor allem die Beiträge von Gerhard Christe und Dietmar Heisler interessant. **Gerhard Christe** befasst sich in seinem Beitrag „Alphabetisierung in der Berufsbildung“ mit dem Zusammenhang von funktionalem Analphabetismus, Bildungsungleichheit und sozialen Lebensverhältnissen. Er geht der Frage nach, warum funktionaler Analphabetismus in Deutschland so lange nicht wahrgenommen worden ist, auch nicht in der Benachteiligtenförderung, obwohl doch bekannt war und ist, dass ein Großteil der benachteiligten Jugendlichen Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben hat. Entsprechende pädagogische Handlungsansätze finden sich hier bislang kaum. Hierzu gibt der Beitrag einige Anregungen.

Dietmar Heisler geht anhand statistischer Daten und auf Basis bildungssoziologischer Theorien der Frage nach, warum angesichts von 7,5 Mio. funktionalen Analphabeten nur so wenige Menschen an Alphabetisierungskursen teilnehmen.

Weitere Beiträge des Bandes befassen sich mit praktischen Fragen der Alphabetisierung im Zusammenhang mit Berufsbildung und Arbeitswelt.

- Das Buch gibt nicht nur wichtige Einblicke in den Zusammenhang von Bildungsungleichheit und funktionalem Analphabetismus, es gibt auch vielfältige Anregungen für die praktische Arbeit der Alphabetisierung in der Benachteiligtenförderung.

8.7 Aktuelle und künftige Herausforderungen in der Jugendberufshilfe

Gerhard Christe: Aktuelle und neue Herausforderungen in der Jugendberufshilfe. In: unsere Jugend, Heft 9 / 2014, S. 354-366

In der Öffentlichkeit herrscht der Eindruck vor, als hätten sich die Probleme am Übergang Schule-Beruf inzwischen in Luft aufgelöst und der Jugendberufshilfe ginge deshalb die Arbeit aus. Der Beitrag zeigt, dass dies ein Hirngespinnst ist und die Jugendberufshilfe aktuell und auch künftig vor großen Herausforderungen steht. Welche das sind und wie sie zu bewältigen sind, damit beschäftigt sich dieser Beitrag.

- Ein wichtiger Beitrag für alle, die sich für eine Weiterentwicklung von Jugendberufshilfe und Jugendsozialarbeit angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung interessieren.